

## **PROTOKOLL**

**über die 41. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr**

**am Donnerstag, 28. Mai 2015, im Rathaus, 1. Stock hinten,**

**Gemeinderatssitzungssaal.**

**Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr**

### **Anwesend:**

#### **BÜRGERMEISTER:**

Gerald Hackl als Vorsitzender

#### **VIZEBÜRGERMEISTER:**

Walter Oppl  
Wilhelm Hauser  
Gunter Mayrhofer

#### **STADTRÄTE:**

Ingrid Weixlberger  
Dr. Michael Schodermayr  
Dr. Markus Spöck, MBA -  
(ohne GR Mandat)  
Dr. Helmut Zöttl

#### **GEMEINDERÄTE:**

Kurt Apfelthaler  
Rudolf Blasi  
Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner  
Roman Eichhübl  
Ernst Esterle  
Helga Feller-Höllner  
MMag. Michaela Frech  
Monika Freimund (**ab 15:13 Uhr**)  
Mag. Wolfgang Glaser  
Michaela Greinöcker  
Ing. Wolfgang Hack  
Kurt-Werner Haslinger  
Rosa Hieß

Ing. Franz-Michael Hingerl  
Josef Holzer  
Thomas Kaliba  
Mag. Reinhard Kaufmann  
Mag. Gerhard Klausberger  
Eva-Maria Leitner  
Ing. Kurt Lindlgruber  
Erika Loibl, MAS  
Hans Payrleithner  
Natascha Payrleithner  
Florian Schauer  
Birgit Schörkhuber  
Rudolf Schröder  
Mag. Erwin Schuster  
Silvia Thurner  
Ursula Voglsam

#### **VOM AMT:**

Dr. Kurt Schmidl  
Dr. Martina Kolar-Starzer  
Mag. Helmut Lemmerer  
Dr. Michael Chvatal  
Thomas Schwingshackl

#### **PROTOKOLLFÜHRER:**

Dr. Kurt Schmidl  
Christina Schaumberger

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOG

## VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;  
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GR<sup>in</sup> Silvia Thurner  
GR Kurt Apfelthaler

- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

## INHALTSVERZEICHNIS:

1) Fin-68/15	Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2015.....	8
2) Fin-229/03	Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer weiteren Fördervereinbarung für die Jahre 2015-2020 zwischen der FA OÖ Studienbetriebs GmbH/FH-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr; Grundsatzbeschluss. ....	9
3) BauR-1/15	B 122 b, Voralpenstraße – Westspange Steyr, Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land OÖ und Abgabe einer Stellungnahme zum Bauvorhaben. ....	10
4) Fin-125/2010	Bedarfszuweisung für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung. ....	29
5) KBS-2/15	Kommunalbetriebe Steyr, Investitionskostenzuschuss 2015. ....	31
6) GHJ2-33/15	Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Wasserverband Region Steyr, der Stadt Steyr, der Marktgemeinde Garsten und der Marktgemeinde Sierning.....	32
7) K-29/15	Steyr – Reformationsstadt Europas 2017. ....	33
8) Fin-233/14	Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2014, Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr. ....	34
9) GHJ2-6/13	Dritte Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – VS Tabor. ....	36
10) GHJ2-15/13	Dritte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS und NMMS Promenade. ....	38
11) GHJ2-6/15	Sanierung des Turnsaales – VS Plenkberg. ....	39
12) GHJ2-7/15	Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – VS Wehrgraben. ....	40
11) GHJ2-13/15	Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS Tabor. ....	42
14) GHJ2-15/15	Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS und NMMS Promenade. ....	42
15) GHJ2-12/12	Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – VS Ennsleite. ....	43
16) GHJ2-14/12	Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS Ennsleite. ....	44
17) GHJ2-31/15	Erforderliche Sanierungsmaßnahmen beim stadteigenen Objekt „Zwischenbrücken 1“. ....	45
18) BauGru-66/14	Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 Änderung Nr. 64; Obermair Immobilien GmbH.....	47
19) Fin-5/15	Oö. Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für das Jahr 2015. ....	48

<b>20) Fin-8/15</b>	<b>Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2015. ....</b>	<b>49</b>
<b>21) BauStrP-8/15</b>	<b>Alte Sierninger Straße; Bereich Aichetgasse bis Pfefferlberg; Straßensanierung. ....</b>	<b>50</b>
<b>22) BauStrP-10/15</b>	<b>Fräs- und Asphaltierungsarbeiten im Stadtgebiet; Vergabe und Mittelfreigabe 2015. ....</b>	<b>51</b>
<b>23) Fin-113/15</b>	<b>Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für die Schuljahre 2015/2016, 2016/2017, 2017/2018. .....</b>	<b>51</b>
<b>24) Pol-241/2015</b>	<b>Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung über das Verbot des Fütterns von wild lebenden Straßentauben im Stadtgebiet von Steyr...</b>	<b>57</b>

### **BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

- 1) Fin-68/15 Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2015.
- 2) Fin-229/03 Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer weiteren Fördervereinbarung für die Jahre 2015 – 2020 zwischen der FA OÖ Studienbetriebs GmbH/FH-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr; Grundsatzbeschluss.
- 3) BauR-1/15 B 122 b, Voralpenstraße – Westspange Steyr, Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land OÖ und Abgabe einer Stellungnahme zum Bauvorhaben.
- 4) Fin-125/2010 Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

- 5) KBS-2/15 Kommunalbetriebe Steyr, Investitionskostenzuschuss 2015.
- 6) GHJ2-33/15 Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Wasserverband Region Steyr, der Stadt Steyr, der Marktgemeinde Garsten und der Marktgemeinde Sierning.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:**

- 7) K-29/15 Steyr – Reformationsstadt Europas 2017.
- 8) Fin-233/14 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2014, Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:**

- 9) GHJ2-6/13 Dritte Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – VS Tabor.
- 10) GHJ2-15/13 Dritte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS und NMMS Promenade.
- 11) GHJ2-6/15 Sanierung des Turnsaales – VS Plenkberg.
- 12) GHJ2-7/15 Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – VS Wehrgraben.
- 13) GHJ2-13/15 Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS Tabor.

- 14) GHJ2-15/15 Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS und NMMS Promenade.
- 15) GHJ2-12/12 Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – VS Ennsleite.
- 16) GHJ2-14/12 Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS Ennsleite.
- 17) GHJ2-31/15 Erforderliche Sanierungsmaßnahmen beim stadteigenen Objekt „Zwischenbrücken 1“.
- 18) BauGru-66/14 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 Änderung Nr. 64; Obermair Immobilien GmbH.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

- 19) Fin-5/15 OÖ. Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für das Jahr 2015.
- 20) Fin-8/15 Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2015.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

- 21) BauStrP-8/15 Alte Sierninger Straße; Bereich Aichetgasse bis Pfefferlberg; Straßensanierung.
- 22) BauStrP-10/15 Fräs- und Asphaltierungsarbeiten im Stadtgebiet; Vergabe und Mittelfreigabe 2015.

**BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:**

- 23) Fin-113/15 Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für die Schuljahre 2015/2016, 2016/2017, 2017/2018.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:**

- 24) Pol-241/2015 Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung über das Verbot des Fütterns von wild lebenden Straßentauben im Stadtgebiet von Steyr.

## **BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

### **Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:**

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR<sup>in</sup> Silvia Thurner  
GR Kurt Apfelthaler

## **ERÖFFNUNG DER SITZUNG:**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf sie sehr herzlich zur Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 28. Mai 2015 begrüßen. Eröffne die Sitzung, darf feststellen, dass wir beschlussfähig sind, dass wir ordnungsgemäß eingeladen haben und darf auch bekannt geben, dass als Protokollprüfer die Frau GR<sup>in</sup> Silvia Thurner und der Herr GR Kurt Apfelthaler eingeteilt wurden. Ich hoffe, es ist ihnen Recht. Sie hätten ohnehin keine Wahl.

### **Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:**

Liegen keine vor.

### **Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

„Mitteilungen des Bürgermeisters“ möchte ich heute ein bisschen verkürzen und ein paar grundsätzliche Informationen geben, was hier in unserer Eventstadt Steyr in den nächsten Wochen alles so vor uns haben. Wo wir uns überall vergnügen könnten, beginnend im Endeffekt schon am kommenden Samstag – Grünmarktfest 6. Juni. Am 13. Juni darf ich Werbung machen für das Plätzeingen der Sängerkunst, wo, so wie es schon im Vorjahr an allen Plätzen im Stadtgebiet – dieses Mal sind es die Innenhöfe – gesungen wird mit namhaften Chören der Region und natürlich ist die Sängerkunst auch dabei und um die Mittagszeit gibt es dann ein gemeinsames Singen in der Fußgängerzone. Ist auch ein touristisches Highlight glaube ich, das, zumindest so der Plan der Sängerkunst, institutionalisiert werden soll. 21. Juni – ganz was seltenes. Die Oö. Radrundfahrt kommt zu uns. Die Schlussetappe endet am Steyrer Stadtplatz. Ich denke, recht viel schöner kann man es nicht erwischen. Werden wir schauen, wie die Rad – ja die Rennradfahrer – sich mit dem Stöckelpflaster tun, aber zuerst können sie sich ja beweisen da oben am Berg auf der, am Damberg, da wird es schon schwer genug sein. Die kommen aus Thalheim. Das wollte ich noch mitteilen. Ja und dann denke ich Fixpunkt für uns alle – Steyrer Stadtfest 26. bis 28. Juni. Dann haben wir ja noch einmal Gemeinderat, da kann ich dann noch erzählen, was im Juli alles ist, weil da kommt dann die Ennstal-Classic und das Beachvolleyball und der Gewerbeflohmarkt – also falls wir nicht Wahlkämpfen wollen, haben wir auch genügend Möglichkeiten uns anderwärtig zu unterhalten. Das waren die Mitteilungen des Bürgermeisters – die erfreulichen. Die weniger erfreulichen sind die Arbeitslosenzahlen, die leider konstant hoch sind. Auch bei uns in der Region. Ende April waren 3.569 Personen im Bezirk Steyr arbeitslos gemeldet und gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Gesamtsumme der Arbeitslosen um 305 Personen oder 9,4 % wieder erhöht. Arbeitslosenquote im April betrug 8,4 %, da sind wir knapp unter dem Bundeschnitt, aber das ist weniger tröstlich, wir sind einiges über dem Oberösterreichschnitt, der bei knapp 6 % liegt. Und offensichtlich diese Sockelarbeitslosigkeit ist nicht wegzubekommen. Die Experten sagen, Wirtschaftswachstum 1,5 / 1,82 %. Wenn wir das hätten, dann könnten auch neue Arbeitsplätze entstehen. Zumindest in dem Ausmaß, wie wir sie brauchen würden. Vor allem jene, die Momentan auf Arbeitssuche sind. Mir gefällt die Formulierung sehr gut – das sind keine Arbeitslosen, das sind nämlich Arbeitssuchende, weil 99,9 % der Menschen wollen auch arbeiten.

**Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Gut. Aktuelle Stunde liegt mir nichts vor.

**Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES** gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Ja dann sind wir schon bei den Verhandlungsgegenständen. Wir treten in die Verhandlungsgegenstände ein und ich darf dazu meinen Vorsitz an den Vbgm. Oppl abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Danke! Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seine Berichterstattung.

**Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:**

**BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

**1) Fin-68/15 Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2015.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um die jährliche Subvention für die Personalvertretung. Wir haben gewohnt der Tradition eine Summe von EUR 27.000,00 zugesagt für Zu..., als Zuschüsse für Betriebsausflüge, Schulungen der Funktionäre, vor allem aber auch für die Weihnachtsfeiern, für die Servicekosten und Betriebsausflüge. Das denke ich, ist für ein Unternehmen in dieser Größenordnung vertretbar und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Präsidiales und Bürgeranwalt vom 17.03.2015 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2015 eine Subvention in Höhe von insgesamt EUR 27.000,-- gewährt und bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist irgendwer gegen diesen Antrag? Übt wer Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>in</sup> Monika Freimund*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**2) Fin-229/03                    Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer weiteren Fördervereinbarung für die Jahre 2015-2020 zwischen der FA OÖ Studienbetriebs GmbH/FH-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr; Grundsatzbeschluss.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster Punkt. Wir verlängern den Vertrag mit der Fachhochschule. Es geht um den Zuschuss der Standortgemeinden. Das wissen ja gar nicht so viele, dass ja nicht nur der Bund für die Fachhochschule zahlt und auch das Land OÖ, sondern auch die Standortgemeinden einen nicht unwesentlichen Beitrag pro Studenten leisten. Wir glauben, dass das eine sehr gute Investition ist, in diese Bildungsschiene zu investieren. Tertiäres Bildungssystem, also Bildungsstufe, das hat schon was. Mittlerweile 1.200 Studenten da. Das Ziel ist, auf bis zu 1.500 Studenten zu kommen. Es ist ja kein Geheimnis. Im nächsten Gestaltungsbeirat wird ein Projekt vorgelegt für einen weiteren Fachhochschulneubau am Gaswerkgelände. Das ist ja vom, im Endeffekt vom jetzigen Parkplatz angedacht bis zur Produktionsschule. Das wird ein großes Gebäude, wo die Fachhochschule noch wachsen kann, sich entwickeln kann. Aber nicht nur für die Lehre, sondern vor allem auch für die Forschung der Fachhochschule. Ist bemüht auch im Forschungsbereich zu intensivieren. Da braucht es Platz und da braucht es Geld. Das heißt, wir sind gut beraten, da mit zu tun. Wir finanzieren im Endeffekt auch die zusätzlichen Investitionen und wenn ich sage neues Fachhochschulgebäude – da reden wir von einem Invest, der dann vom Land OÖ zu tragen sein wird, von rund EUR 8 Millionen. Also das sind schon gewaltige Beträge und wir beschließen bald hier diese Valorisierung 4 % pro Jahr. Man kann es dann aber schon hochrechnen, falls die Entwicklung mit den Studenten so weiter geht, falls wir wirklich einmal die 1.500 erreichen und dann in der höchsten Stufe sind, weil wenn man 2020 sich anschaut, wird das ein jährlicher Zuschussbedarf von rund EUR 1 Million sein. Also das ist schon, das ist schon etwas Beachtliches. Nur Wissen soll uns, wie gesagt, gut angelegt und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 20.03.2015 wird dem Abschluss eines neuen Vertrages zur Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebs am Fachhochschul-Standort Steyr zwischen der Stadt Steyr und der FH OÖ Studienbetriebs GmbH zugestimmt. Zu diesem Zweck hat die Stadt den in der Beilage beigeschlossenen Vertrag, mit welchem die Stadt der FH OÖ Studienbetriebs GmbH für die Jahre 2015 bis 2020 Förderbeiträge gewährt, abzuschließen.

Für die Jahre 2015 bis 2020 werden pro Kalenderjahr die jeweiligen Förderbeiträge in Abhängigkeit von der tatsächlichen Studentenzahl im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses bei der VAST. 1/289000/757200 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Ich darf die einstimmige Annahme dieses Antrages feststellen. Nächster Punkt bitte.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>n</sup> Monika Freimund

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**3) BauR-1/15                    B 122 b, Voralpenstraße – Westspange Steyr, Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land OÖ und Abgabe einer Stellungnahme zum Bauvorhaben.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja mein nächster Punkt geht um die Westspange. Den Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land OÖ und der Abgabe einer Stellungnahme von Bauvorhaben. Da sind wir dazu aufgefordert worden vom Amt der Oö. Landesregierung. Wir haben das auch getan. Im Amtsbericht – der liegt ihnen vor – da gibt es genaue Richtlinien, was wir alles bewerten müssen. Wie wir die Einwendungen, die gekommen sind, ans Land aufbereiten müssen. Das haben wir getan und haben auch eine Stellungnahme abgegeben. Ich möchte die wortwörtlich vorlesen, weil es mir wichtig ist. Wir haben heute auch - die Stadtsenatsfraktionen – ein Gespräch gehabt mit Vertretern der Westspange-Gegner. Bedanke mich nochmal, weil wir ... hier jetzt für das sehr sachliche Klima. Wir sind nicht handelseins bzw. nicht auf einen Nenner gekommen. Das war nicht anders zu erwarten. Wir haben aber versucht, Meinungen auszutauschen und es gibt eben unterschiedliche Ansichten. Die Stellungnahme des Gemeinderates, die wir heute beschließen und ans Land weiter schicken, die möchte ich ihnen vorlesen. *„Die Stadt Steyr unterstützt und befürwortet dieses Projekt im Sinne einer positiven Verkehrslenkung und der damit verbundenen Verkehrsentlastung und ersucht das Land OÖ, rasch die notwendigen Schritte zur Verwirklichung dieses für die Stadt Steyr dringend notwendigen Bauprojektes fortzuführen. Gleichzeitig werden die mit dem Projekt befassten Dienststellen des Amtes der Landesregierung im Interesse der von der zukünftigen Straße betroffenen Bevölkerung der Stadt und der allenfalls betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in angrenzenden Gemeinden aufgefordert, die eingelangten Anregungen – das ist wichtig – die insbesondere Lärm- und Sichtschutz und den Schutz des Wildes betreffen, wohlwollend zu prüfen und nach Möglichkeit und Sinnhaftigkeit auch umzusetzen.“* Und der Vollständigkeithalber beschließen wir hier auch noch ein Übereinkommen, dass wenn die Westspange gebaut ist – da gibt es ja das Übereinkommen, dass Teile von Landesstraßen dann auch ins städtische Straßennetz übernommen werden. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es dazu eine Wortmeldung? Koll. Kaufmann – bitte Reinhard!

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und Mitglieder der Presse und Gäste – vor allem auch aus der Bürgerinitiative, sind ja auch einige da heute. Ich glaube, es wird heute nicht so kurz wie ihr es sonst von mir gewohnt seid. Es ist ein relativ ausführliches Thema und wenn ich das richtig wahrnehme – jedenfalls ich bin jetzt seit 2009 im Gemeinderat – da haben wir eigentlich nie politisch über dieses Thema diskutiert. Anscheinend ist das alles schon vorher abschließend diskutiert worden und man war sich dann offenbar einig, dass das so kommen soll. Und jetzt stehen wir da mit bestimmten – wie soll man sagen – ich will jetzt nicht sagen Behauptungen um das so abzuwerten, aber bestimmten Annahmen. Und ich habe mir jetzt genau durchgelesen was es hier an Unterlagen gibt und das passt leider nicht zusammen. Also wenn man sich anschaut, was in unserem Antrag steht und

dann die Unterlagen durchgeht, dann ist da eine gewisse Diskrepanz. Es sind drei Annahmen in unserer, in unserer Stellungnahme ans Land drinnen. Positive Verkehrslenkung wird genannt Lenkung – ganz ein neues Wort – wir haben noch nie gelenkt in Steyr, wir haben einfach nachvollzogen was sich tut in der Wirklichkeit. Es hat zwar im Verkehrskonzept 1993 schon Ideen gegeben und auch Vorstellungen Richtung einer Lenkung, nur ist das nie irgendwie umgesetzt worden. Da haben wir nämlich gesagt, der motorisierte Individualverkehr soll reduziert werden auf das notwendige Ausmaß. Hat eine gewisse, fast einen erheiternden Beigeschmack, wenn man sich anschaut, was inzwischen getan, sich inzwischen getan hat und was die Annahmen in die Zukunft noch fortschreiben an Entwicklung. Da ist nichts von reduzieren. Da ist ... soll da Auto gefahren werden was wolle, wir freuen uns darauf und bauen die Straßen dafür. Verkehrsentlastung ist das Zweite was drinnen steht. Das geben die Zahlen auch nicht her, ich werde dann näher drauf eingehen. Und der Schluss daraus ist sozusagen, dass es sich um ein dringend notwendiges Bauprojekt für Steyr handelt. Vor allem dieses „für Steyr“ muss man, wenn man sich anschaut was da so kommen wird, in Frage stellen. Okay! Von den Anregungen wird darauf hingewiesen „Lärm- und Sichtschutz und Schutz des Wildes“. Ja, wenn man das wirklich dort will, ist es am besten, man wählt eine Variante, die bei jeden ... bei jedem großen Projekt wäre es eigentlich notwendig, dass man nicht nur die Varianten, die jetzt vorgeschlagen werden, sich überlegt, sondern im Vergleich dazu, was ist, wenn man das nicht baut. Die Null-Variante sozusagen. Und für all diese Dinge, die die Stadt sich wünscht vom Land und die auch diese Kosten ja wohl noch um einiges erhöhen werden, wenn das so kommen wird, die könnte man ganz billig dadurch erreichen, dass man eben diese Straße nicht baut. Dann haben wir dort kein Lärmproblem und kein Sichtproblem und mit dem Wild hätten wir auch kein Problem.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Haben wir auch keine Straße.

**GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:**

Ja, auch keine Straße. Aber dazu kommt noch einiges, weil ich habe mir das wirklich genau angesehen, was da in den Unterlagen alles drinnen steht. Ja, es gibt eben diese Zweifel an der Begründung, die auch durch die vielen Einwendungen und einer Bürgerinitiative noch unterstrichen werden. Ich habe herangezogen für meine Überlegungen den Endbericht des Trassenauswahlverfahrens vom 02.12.2014 des Landes OÖ und die Stellungnahme der Oö. Umweltschutzkommission vom 13.04.2015. Es gibt aber auch größere Zusammenhänge in die wir so ein Straßenprojekt stellen müssen. Es geht nicht nur um 4,1 km neues Straßenstück, es geht um eine Verkehrspolitik insgesamt. Und wenn ... mein Ziel ist es immer noch das zu tun, was dieser Gemeinderat 1993 beschlossen hat, nämlich den Autoverkehr auf das notwendige Ausmaß zu reduzieren. Ein notwendiges Ausmaß wird es sicher geben, aber das muss jedenfalls nicht noch mehr sein als derzeit passiert, ist meine Überzeugung. Da braucht es eine überregionale, integrierte Hand, durch Fachmeinung abgestützte Verkehrspolitik, die eben die Alternativen zum Autoverkehr genauso bedenkt, wie die Überlegung, was können wir tun um die Prognosen wie der Autoverkehr steigen wird, wenn wir nichts anderes tun, als wir dafür Straßen brauchen. Es braucht eine kommunale Verkehrspolitik, dazu kommt dann auch noch was näheres, weil das ist den Begründungen ja eine große Rolle spielt. Sollte diese Straße überhaupt irgendeinen Vorteil bieten? Es geht um eine Energiepolitik. CO2 ist glaube ich ein Kürzel, das auch in Steyr schon angekommen ist. Es geht um Raumordnung – Bodenverbrauch ist ein Thema. Wir sehen seit einigen Monaten mehr oder weniger große Inserate der österr. Hagelversicherung in allen Zeitungen. Täglich wird in Österreich ein Bauernhof verbaut. Das gehört einfach auch zu diesem Thema. Wenn man das vermeiden will, dass täglich ein Bauernhof verbaut wird in Zukunft, muss man irgendwann aufhören, den Boden zu versiegeln. Die geplante Westspange wäre ein gutes Beispiel dafür. Da haben nicht nur unterschrieben unser Landesrat Anschöber, sondern auch der Generaldirektor Stockinger, der Kardinal Schönborn, Agrarlandesrat Hiegelsberger und viele andere. Also wichtig ist mir dieser Zusammenhang in dem auch dieses relativ kleine

Stück Straße oberösterreichweit und österreichweit steht. Und natürlich muss ein Thema sein – das kostet 30 Millionen plus. Haben wir das Geld? Oder können wir das Geld, wenn wir es haben, für sinnvollere Dinge einsetzen? Auch das muss man sich überlegen und eine gewisse Hoffnung, dass das vielleicht nicht gebaut wird, wird möglicherweise sein der nächste Finanzausgleich, der auch die Bankenregulierungen und all das was wir da in Kärnten ausgeben müssen, berücksichtigen muss und da wird es für die Länder um einiges enger werden. Gut, ich komme zum ersten Dokument, das ist das Trassenauswahlverfahren. Hier wurde gerechnet in die Zukunft. Was wird es geben 2025 an Autoverkehr in Steyr? Und ein wesentlicher Ausschnitt ist dieser Bereich Steyr, Nordwest – Tabor, Resthof, Gleink und bis zur Stadtgrenze in diesem Bereich. Und wenn man sich das genau anschaut – wobei ein kleines Fragezeichen mache ich schon, da kann ich nicht dazu sagen, was es bedeutet – ich stehe schon solchen Prognosen immer etwas skeptisch gegenüber, weil die dahinterliegenden Berechnungsgrundlagen kennen wir ja nicht. Ich weiß nicht, ob der Baustadtrat die kennt. Das Land rechnet halt da mit irgendwelchen Logarithmen, die können mehr oder weniger gut fundiert sein, das wissen wir nicht. Aber in der Form sind sie nun mal Entscheidungsgrundlage und daher nehme ich heraus, was sich daraus ergibt. Und was in den Unterlagen nicht gemacht wurde, es wurden hier Prognosen verglichen in einzelnen Straßenzügen 2025 mit und ohne Westspange. Was niemand gemacht hat, auch nicht der Umweltanwalt des Landes ist, und da beziehe ich mich jetzt besonders auf positive Verkehrslenkung und Verkehrsentlastung, wenn man diese vier bzw. fünf Straßenzüge zusammen zählt, da kommt nämlich heraus 2025 ohne Westspange 31.200 Fahrten täglich. Und mit Westspange 40.600 Fahrten täglich. Das heißt, die Westspange erzeugt 30 % mehr Verkehr in Steyr Nordwest als wenn wir sie nicht bauen würden. Das sind nicht meine Zahlen, das sind die Zahlen, die in dem Bericht des Landes ...

*Unverständlicher Zwischenruf von Vbgm. Mayrhofer.*

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Bitte? Das werden sie dann nachher sicher noch erklären, warum das falsch interpretiert ist. Ja, ich sehe dazu nicht unbedingt einen Hinweis, aber da werden wir vielleicht noch was dazu lernen. Ja und die Entlastungen die angesprochen werden, sind punktuell in den angesprochenen Neben- und Ausweichstrecken – da gibt es natürlich zu erwarten einige Entlastungen, aber das ist eben im Gesamten relativ wenig. Und die insgesamt Umweltbelastung in dem gesamten Gebiet Steyr Nordwest, die wird eben um diese 30 % mehr werden, wenn diese Straße gebaut wird und das ist ja ... da gibt es ja auch gute Sager dazu sozusagen in der Wissenschaft. Ich zitiere jetzt einen Herrn Prof. Knoflacher ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der ist der Beste ...

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

... aber auch unser DI Froschauer sagt das immer wieder gerne: „*Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten*“. Ist ja ganz logisch.

*Unbekannter Zwischenruf!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Rotphase statt Grünphase.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Es passiert ja auch umgekehrt. Ja, wenn Linz oder Wien – ich weiß, man kann das nicht so 1:1 vergleichen – aber wenn die den öffentlichen Verkehr ausbauen, dann fahren auf einmal doch mehr Leute und weniger mit dem Auto. Also das hat alles schon für sich Angebot kann auch Nachfrage erzeugen, wenn es entsprechend gut geplant und umgesetzt wird. Es wird relativ ausführlich eingegangen in dem Bericht des Landes zum ... zur Trassenauswahl auf die Bewertung von Eingriffserheblichkeiten in verschiedenen Bereichen. Da gibt es Ökologie, Landschaftsbild, Flächennutzungen, Luftgüte, Verkehr und Technik als Gegenpol sozusagen und das ist ja auch interessant, da wird ja einleitend darauf hingewiesen, wie denn diese Bewertung zusammen geführt wird und da steht interessanterweise die Formulierung drinnen, dass die Bereiche „Technik und Verkehr“ und die Bereiche „Menschen und Umwelt“ gleichwertig behandelt werden. Das heißt, man kann sozusagen was für Menschen beschwerlich ist oder gesundheitsgefährdend oder störend, kann man ausgleichen, indem es für die Autos noch besser wird. Ja, weil beides muss gleich gewichtet werden. Und wenn das eine, also wenn man dort 100 fahren kann – zB ich entnehme der Presse, da stehen alle möglichen Kriterien Lärm, Abgase, etc., dass das ein Problem ist. Das könnte man zB ganz einfach dadurch reduzieren, dass man dort zumindest die Geschwindigkeit reduziert. Aber nein, es wird auf 100 km/h ausgelegt. Eine Straße, teilweise sogar im Stadtgebiet oder ganz nahe an Wohngebieten vorbei. Wozu muss das sein? Das ist ja fast eine Provokation der Autolobby, das so anzulegen. Hätte man dort 70 gesagt, was ja angekündigt, dann könnte man schon die Vermutung daran anschließen, die wollen wenigstens die Belastung reduzieren. Aber nein, wir wollen dort 100 fahren, möglichst schnell durch. Okay. „Verkehr und Technik“ und „Umwelt und Menschen“ werden gleich gewichtet. Ja, also da sind alle möglichen Probleme aufgelistet, die es in dem Bereich gibt, wenn die Straße gebaut wird und dann kommt halt heraus, dass eine bestimmte Trasse, die dann auch vorgeschlagen wird, die am wenigsten belastende ist. Das heißt aber nicht, dass die keine Belastungen mit sich bringt. Das nächste interessante Dokument ist der Bericht der Oö. Umweltschutzkommission. Der weist – also abgesehen davon, dass er viele Details natürlich enthält – aber vor allem auf eines hin. Dass die Westspange nur dann einen Beitrag leisten kann um die innerstädtische Mobilitätssituation zu verbessern, wenn die Stadt zusätzliche weitreichende Maßnahmen setzt. Da habe ich bisher noch nichts gehört, was da geplant ist. Aber vielleicht kommt das noch in der Replik dann und zur Unterstützung der Beschlussfassung. Etwa im öffentlichen Verkehr. Wenn ich dran denke an unsere Aufsichtsratssitzungen bei den Stadtbetrieben, da ist es noch nie darum gegangen, wenn die Westspange fertig wird, wie bauen wir denn dann unser Bussystem aus, um hier wirklich etwas davon zu haben, das Entlastungen möglich werden durch die Westspange. Eher ist das Thema dort, wo können wir denn noch sparen beim Bus, was bei der Straße nicht so wichtig ist. Ja, also da wird vorgeschlagen oder angesprochen die Neuordnung des innerstädtischen öffentlichen und privaten Verkehrs, Einrichtungen von Umweltzonen zB. Sonst wird – und wir haben das ja schon gesehen bei der Nordspange – der vielleicht kurzfristige Entlastungseffekt bald verpuffen und wir haben dann – wie es eben in der Prognose auch drinnen ist, wenn man sie genau anschaut – praktisch dieselben Verkehrsbelastungen, abgesehen von den paar Nebenstraßen, wie ohne die Westspange. Und dann gibt es noch den Hinweis und da muss ich mich jetzt ein bisschen selber bei der Nase nehmen, weil ich das auch nicht entsprechend thematisiert habe im Stadtentwicklungsausschuss bisher, wobei ja wir dort auch das noch zurück gestellt haben die im Zusammenhang mit der Westspange möglicherweise stehenden Umwidmungen, was da Betriebsansiedelungen und so betrifft, aber hier eine klare Erklärung was wie verhindern wir, das einfach der Effekt, der durch so eine Straße entsteht Richtung Umwidmungen und Betriebsansiedelungen, die dort eine Folgeveränderung der Landschaft herbei führen würden und um diese Dinge zu steuern, das haben wir eigentlich dadurch, dass die Idee da ist, wir wollen hier nicht vorzeitig an den Grundpreisen Bewegungen auslösen, zurückgestellt und deswegen auch natürlich die Räume, die wir schützen wollen und sollten, vor Bebauungen nicht definiert in diesem Bereich. Ja und was der Oö. Umweltschutzkommission auch noch hinweist – das bezieht sich wieder auf mein Inserat der Hagelversicherung – das Thema „Bodenschutz“, also zunehmende Versiegelung, immer stärkere Versiegelung unserer Böden mit allen nachteiligen ökologischen Folgen, die das hat, spielt in einem Straßengenehmigungs-

verfahren keine Rolle. Das reden wir am Sonntag an, dass das ein Problem ist. Das tun wir immer mehr. Inzwischen Politiker aller Parteien, aber wir tun nichts in dieser Richtung auf der effektiven Ebene, dort wo es um Einzelentscheidungen geht, die in Summe dann das alles auslösen. Ja und der Umweltschützer schließt mit der Forderung, dass wenn das gebaut wird, das nur dann als Umweltüberlegungen – als amtlichen Umweltüberlegungen heraus sozusagen – vertretbar sein kann mit umfangreichen Ausgleichsmaßnahmen. Ob das Grünbrücken sind, was immer einem da einfallen wird und das wird natürlich die Kosten noch erheblich in die Höhe treiben. Also mit diesen 30 Millionen die hier immer wieder genannt werden, kann ich mir nicht vorstellen, dass man das Auslangen finden wird. Ja ich glaube, ich habe einigermaßen in Rissen, warum ich und die GRÜNEN hier nicht zustimmen können, und ich möchte abschließen mit zwei Zitaten aus einem Brief, den mir die Bürgerinitiative „Grüngürtel statt Westspange“ geschrieben hat, dem ich mich vollinhaltlich anschließen kann. *„Dem Dokument des Landes OÖ bezüglich Trassenauswahlverfahren entnehmen wir, dass laut Verkehrsprognose mit der Westspange ein höheres Verkehrsaufkommen in Steyr zu erwarten ist als ohne“.* Ich habe das ja etwas erläutert. *„Somit sind folgende Projektziele verfehlt: es findet weder eine Entlastung der gesamten Eisenvoralpenstraße noch eine wesentliche Reduzierung der Lärm- und Luftschadstoffbelastungen durch die Verkehrsentslastung im innerstädtischen Bereich von Steyr statt. Und mit den gesparten 30 plus Millionen Euro könnten unter anderem Förderungen für innovative Betriebe und für die Ausbildung unserer jüngsten Einwohner finanziert werden um qualifizierte Facharbeit zu erhalten. Dies erscheint uns wesentlich wichtiger zu sein, als Geld für unnötige Straßenbauprojekte auszugeben. ... (unverständlich) scheint vor allem wegen des Wahlkampfs gerade jetzt so stark vorangetrieben werden.“* Dem möchte ich nichts mehr hinzufügen. Danke für ihre Aufmerksamkeit!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Zu Wort gemeldet ist die Koll. Frech. Bitte Michaela!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste! Ja was der Koll. Kaufmann von den GRÜNEN jetzt gesagt hat, da gibt es viele Dinge, da gebe ich ihm durchaus Recht. Das man eine integrierte Verkehrspolitik braucht – und das unterschreibe ich zu 2.000 % - das es nicht nur gehen kann um Straßenverkehr, um Straßenbau, sondern auch um Ausbau des öffentlichen Verkehrs, das ist selbstverständlich. Und was das Thema „Westspange“ anbelangt – ich persönlich wäre sehr froh, wenn wir sie nicht brauchen würden. Aber die Vision ist das eine und die hätte ich auch, da bin ich ganz bei dir Koll. Kaufmann, dass es weniger Autos auf den Straßen gibt, dass es einen viel besser ausgebauten Verkehr gibt in dieser Stadt im öffentlichen Bereich, dass es Verbindungen endlich gibt wie die Aufstiegshilfe Tabor, wo man dann nicht mehr ins Auto steigen muss, sondern zwei Stadtteile miteinander verbunden werden, das sind alles Dinge, die ich mir wünsche. Nur das was ich mir als Politiker wünsche, als Politikerin, ist das eine und das was die Realität ist, ist leider das andere. Und diese Realität ist leider eine und das sieht jeder von uns, wenn er sich in dieser Stadt egal wie – zu Fuß, per Auto oder sonst wie begibt – die Autos werden mehr. Ich bin relativ unverdächtig, ich besitze bis heute kein eigenes Auto. Nur leider gibt es glaube ich ganz wenige Steyrer, die das so handhaben. Und ich muss zur Kenntnis nehmen, auch in der Politik, dass ich nicht meine eigene Haltung die ich habe, übertragen kann auf die anderen. Und wir haben ein Faktum und das können wir leider nicht wegdiskutieren. Das können wir uns auch nicht wegwünschen – ich würde es gerne, wenn es so ist und wenn es ginge. Das ist, wir haben heute nicht pro Haushalt einen PKW wie früher, sondern zwei PKWs, drei PKWs und mehr. Bedingt durch Berufstätigkeiten, Mobilität, aber auch weil die Jugend – das erste was sie möchte und ich weiß das, nachdem ich viel mit jungen Menschen zusammen bin – das erste mit 17 Führerschein machen und Auto. Das ist leider so. Und jetzt kann ich in der Politik eines machen. Ich kann sagen, dass ist das eine was ich mir wünsche – und ich wünsche mir nach wie vor und ich freue mich über deine Unterstützung Reinhard im Aufsichtsrat – muss leider nur oftmals merken, dass ich ziemlich verloren

und alleine oft bleibe, wenn es darum geht, dass ich den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verstärkt fordere. Aber ich freue mich über eine Unterstützung in diesem Zusammenhang jederzeit und bin dankbar, weil ich das genauso sehe und auch immer für wichtig erachtet habe. Und für wichtig erachte. Und jedes Auto, das man wegbekommt von der Straße, ist ein Gewinn. Und wir müssen vielmehr in diese Richtung denken. Aber wir haben ein Problem. Und wir können jetzt natürlich sagen, wir wünschen uns etwas anderes und „umsichern“ dieses Problem. Wir müssen aber hergehen denke ich mir, auch im Sinne von Verantwortung, dass wir sagen, gut wir haben ein Problem und das haben wir jetzt und das müssen wir bestmöglich lösen. Und bei bestmöglich lösen sage ich, geht's darum, dass man diese Westspange so baut, dass nicht eins passiert – Grüngürtel statt Westspange, sondern dass man nach wie vor einen Grüngürtel hat in dieser Stadt und eine Westspange. Dass sämtliche Einwendungen, die es gegeben hat und die vorliegen, wirklich ernst genommen werden und das ist in diesem Schreiben der Stadt Steyr auch so vorgesehen und drinnen und ich denke mir, es ist auch die Aufgabe von uns als Stadt Steyr darauf zu schauen, dass man beim Land OÖ diese Stellungnahmen sehr ernst nimmt, dass man sämtliche Maßnahmen im Bereich von Lärmschutz, Sichtschutz etc. auch wirklich umsetzt, dass man dieses Geld dafür auch in die Hand nimmt. Nur ich gehe davon aus, dass wir uns sehr viel leichter tun, geschlossen, gemeinsam alle das zu erreichen in unserem Auftritt gegenüber dem Land OÖ, als wenn wir das nicht tun. Weil das ist auch ganz klar, wenn eine gesamte Stadt und alle politischen Vertreter sagen, wir setzen uns dafür ein, dass es eine bestmögliche Lösung gibt, dann kann man auch anders argumentieren und anders auftreten. Insofern bedauere ich, dass die GRÜNEN das hier anders sehen. Ich verstehe alle Einwände – ich bin auch nicht besonders glücklich, ich würde mich freuen, dass man keine Westspange baut, keine Nordspange gebraucht hätte etc. – aber Faktum ist, wir können schauen, dass wir den Verkehr aus der Stadt hinaus bekommen oder dass er in der Stadt herinnen ist. Was wir leider nicht können ist zu sagen, wir möchten keinen Verkehr. Da spielen die Bürgerinnen und Bürger leider heutzutage nicht mehr mit. Dankeschön!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es eine weitere Wortmeldung? Bitte! Koll. Lindlgruber – fürs Protokoll.

GEMEINDERAT ING. KURT LINDLGRUBER:

Hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Projekt ist mit ca. 33 Millionen auch veranschlagt, wahrscheinlich werden es eh 40 Millionen werden. 10 % bezahlt die Stadt Steyr, hat sie sich verpflichtet, das sind EUR 4 Millionen. Mich hätte interessiert Herr Bürgermeister, in welchem Jahr ist geplant, dass diese EUR 4 Millionen budgetwirksam werden und können wir uns diese 4 Millionen überhaupt leisten plus die zusätzlichen Erhaltungskosten für die Stadt Steyr. Ich denke, das ist für mich das wichtigste Argument, nämlich dass die Straße aus finanziellen Gründen noch gar nicht spruchreif ist, weil wir uns sie nicht leisten können. Steyr hat knapp EUR 100 Millionen Schulden und sie melden uns bei der Eröffnung der Sitzung eine Rekordarbeitslosigkeit und diese genau verursacht durch diese Schuldenpolitik von Stadt, Land und Bund. Und wir müssen zuerst einmal schauen, dass wir unsere Schulden in den Griff bekommen und ausgeglichene Budgets haben und die Schulden zurückzahlen, dann könnten wir über Erweiterungen der Verkehrssituation reden.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es eine weitere Wortmeldung? Koll. Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, sehr geehrte Gäste, wertere Vertreter der öffentlichen Medien! Ich habe diesen Stoß nur zur De-

monstration mitheraus genommen um ihnen zu zeigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie fleißig der Herr Koll. von den GRÜNEN war. Weil er hat ja heute berichtet am Beginn seiner Ausführungen, dass er sich alles genau angesehen hat, was an Unterlagen vorhanden war. Da fehlt wahrscheinlich einiges Herr Koll. Kaufmann. Sie haben ...

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das habe ich nicht alles gelesen, das stimmt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... sie haben ... ich wollte nur darauf hinweisen und wollte ihnen gratulieren, dass sie so fleißig waren. Aber jedenfalls ist die Geschichte auch so, dass nicht nur in den 90er-Jahren bereits diese Westspange aktuell war, sondern da könnte man weiter zurückgehen bis ins Jahr 1980 in etwa. Aber tatsächlich war es so – da muss man ihnen Recht geben – dass dieses Stickler Verkehrskonzept, das in den 90er-Jahren aktuell war und auch heute noch ist – nur wurde es immer wieder evaluiert und daher ist es zu diesem großen Stoß gekommen. Es ist also nicht so wie irrtümlicherweise um das vorsichtig zu formulieren, in den Zeitungen berichtet wurde, man hat sich mit einem alten Hut beschäftigt, mit einer alten Planung. Das ist es beileibe nicht, sondern es wurden immer wieder Erneuerungen mit eingebracht. Das zum einen. Zum anderen Herr Koll. Apfelthaler muss ich ihnen schon sagen, dass ich etwas überrascht bin ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich höre!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... und der Herr Kaufmann und die Frau Kollegin natürlich auch mitgemeint, dass die GRÜNEN heute - wie ich zumindest vernommen habe - diesem Antrag der vorliegt die Zustimmung nicht geben werden. Wundert mich deswegen, weil ja diese Westspange immer wieder in allen Bereichen, wo es um Stadtentwicklung, Stadtplanung gegangen ist, mit ein Teil davon war. Dem haben sie immer wieder zugestimmt Herr Kollege Apfelthaler, Frau Koll. Payrleithner und Herr Koll. Kaufmann. Ich erwähne das nur. Aber zum anderen ist es mir natürlich auch ein Anliegen etwas klar zu stellen. Ich habe mich ja nicht gewundert, dass die Frau Koll. Frech heute wieder die Gelegenheit nimmt um auf den öffentlichen Verkehr der Stadt Steyr hinzuweisen und sie tut ja immer so, als wäre sie diejenige, die immer wieder den Ausbau fordert. Immer wieder diejenige ist, die diese vorhandenen Angeboten an unsere Bevölkerung in Frage stellt. Und ich habe es ja insgesamt 12 Jahre miterlebt, ich war ja 12 Jahre lang auch zuständig für den öffentlichen Verkehr und ich kann euch jetzt und das wird sicherlich, ich nehme an, auch der Nachfolger, der zuständig ist für den öffentlichen Verkehr Vbgm. Hauser, betonen können, dass gerade wir in Steyr eine außerordentlich gute Leistung der Bevölkerung überbringen, was den öffentlichen Verkehr angeht. Eine außerordentlich gute. Herr Bürgermeister hat da in dem Vorgespräch darauf hingewiesen, dass es nach wie vor eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir einen sehr hohen Betrag jährlich – ich weiß es jetzt nicht auswendig, ich könnte nur die Daten von damals nennen – aber es ist jedenfalls ein nicht unerheblicher Betrag, den die Stadt Steyr dazu beiträgt, um den öffentlichen Verkehr immer wieder zu verbessern. Es ist natürlich so, dass in vielen Bereichen - bedauerlicherweise muss man das auch sagen – dass öffentliche Verkehrsmittel nicht so angenommen wird, wie man sich das eigentlich wünschen würde. Ist auch eine Tatsache, das stimmt. Aber ich komme jetzt auch ganz kurz auf die Arbeitslosenzahlen zu sprechen. Wir haben ja vom Herrn Bürgermeister erfahren, dass leider die Arbeitslosenzahl wiederum gestiegen ist und laut Prognosen wird diese auch weiterhin steigen. Und Frau Koll. Frech, was du jetzt vorher verlangt hast, also weniger Autos, weniger Verkehr – würde das bedeuten, dass wir dann gleich einmal die Hälfte von den Produktionen einstellen könnte. Was das dann an

Arbeitslosenzahlen bedeutet, das glaube ich, kann man sich ungefähr vorstellen. Ungefähr. Weil es ist ja nicht nur so, dass jene Menschen, die direkt im Betrieb beschäftigt sind wo Automobile erzeugt werden, sondern es gibt ja eine Reihe von anderen Berufsgruppen, die direkt oder indirekt mit dem Auto in Verbindung sind. Es gibt eine Statistik – sofern man dieser glauben kann – sind es mehr als 50 % der beschäftigten Menschen, die direkt oder indirekt mit dem Auto etwas zu tun haben. Das sei auch einmal klar gestellt. Also man kann sich leicht herstellen und sagen – so weniger Auto – aber die Folgen, die sind unermesslich. Also ich würde das nicht verantworten, muss ich ganz offen sagen. Aber, wie gesagt, es geht um die Westspange. Es ist heute auch klar zu stellen, dass es noch nicht darum geht, wie im Detail diese Straßenführung ausgestattet sein wird, denn es gibt ja noch keine Planung. Es geht ja heute um die Trassenverordnung im Grunde genommen, die einer Bevölkerung bekanntlicherweise in aller Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Und daher geht das ja in weiterer Folge auch dann um die Details, wie genau wie gesagt also diese Straße ausgestattet werden soll und ich gehe ebenfalls davon aus, dass man – und das ist auch in diesem Grundsatzbeschluss drinnen – dass man von Seiten des Landes alles daran setzen wird, um entsprechende Schutzmaßnahmen, sei es Lärm oder Staub oder was auch immer dort zu erwarten sein könnte, entsprechend zum Schutze der Bevölkerung abschirmt. Also davon gehe ich aus. Und wie gesagt, wir von Seiten der Freiheitlichen Fraktion sehen das auch – diese Straßenführung in Verbindung mit dem Taborknoten – und das wurde auch inzwischen ja des Öfteren schon bekannt gegeben, dass es da eine Vereinbarung gegeben hat von Seiten des Landes, dass man diesen seit langem erwarteten Umbau am Tabor endlich umsetzt in Verbindung mit einer Straßenverbindung Richtung Westen. Das ist eine Vereinbarung, die durchaus meiner Meinung nach auch gerechtfertigt ist. Und ich bin schon auch ein bisschen überrascht, also dass jetzt, nachdem man – wie ich bewiesen habe – seit Jahrzehnten über diese Trassenführung redet, dass man jetzt plötzlich mit einem sehr hohen Widerstand von Seiten dieser Gruppe „Grüngürtel statt Westspange“ konfrontiert ist, denn da hätte ich mir eigentlich schon früher erwartet, dass man entsprechende Einwände vorbringt. Man hat da auch jetzt die Gelegenheit noch dazu gehabt, es ist zwar nicht zu spät, aber trotzdem ist es vom Zeitablauf her und von der Diskussionsgrundlage seit Jahrzehnten etwas überraschend. Und besonders überraschend ist es – da muss ich mich wieder an die GRÜNEN wenden – dass die jetzt plötzlich drauf gekommen sind, offensichtlich hängt das damit zusammen, dass in Kürze Wahlen stattfinden, und dass man sich doch dort und da ein paar Stimmen erwartet. Danke!

*Applaus!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Nächster zu Wort gemeldet ist der Koll. Spöck. Bitte!

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, sehr geehrte Medien! Wir haben da heute ein paar Sachen ganz verwirrt, wirklich, muss ich dazu sagen. Wenn der Kollege von den GRÜNEN sagt, wir haben noch nie darüber diskutiert politisch, dann frage ich mich schon, wo du die letzten sechs Jahre warst. Du sitzt mit mir im Planungsausschuss, du sitzt auch im Bauausschuss drinnen - da bin nur ich jetzt drinnen. Ich weiß nicht, wie oft wir im Gemeinderat schon über diese Dreierkombination gesprochen haben. Ich glaube, es ist vorher schon gesprochen worden, dass wir immer – immer – und ich glaube, da spreche ich wirklich fast für alle da herinnen, gesagt haben, es soll eine Dreierkombination geben und nur alle drei Punkte zusammen können das bewirken, das was wir wirklich wollen. Und das ist eben eine gewisse Verkehrsentlastung. Und da gehört dazu zum Umbau vom Taborknoten – den wir Gott sei Dank schon hinter uns haben – der Bau der Westspange dazu, aber es gehört an dritter Stelle auch noch dazu, dass die Ennser Straße als nächster Schritt dann ausgebaut wird auf eine Vierspurigkeit. Und das haben wir gemacht und du

bist Reinhard da auch dabei gewesen und du bist auch im Gemeinderat gewesen, wo wir diese Sachen diskutiert haben, wo wir die Verträge gemacht haben. Also bin ich ein bisschen überrascht, dass wir heute das erste Mal politisch darüber diskutierten können, dass die Westspange kommt und wie sie kommt. Was mir nämlich auch fehlt in dieser Aufzählung die du gemacht hast – wir verlagern den Verkehr, ja das stimmt, teilweise stimmt das auch. Du sagst aber nicht, wie es weiter geht, wenn wir die Westspange nicht hätten in gewissen Stadtteilen, wo zig, aber wirklich zigtausend Einwohner wohnen – wenn ich nur an den Tabor denke oder vielleicht weiter gehe und in Richtung Seifentruhe denke. Dass die auch es für sinnvoll erachten, denke ich, dass dort die Leute auch hoffen können, dass es eine zweite Möglichkeit gibt.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Kaufmann!*

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Ich weiß schon, auf was du hinaus willst. Das Problem ist nur, wenn wir eine Straße haben, können die Leute über eine Straße fahren. Wenn wir zwei Straßen haben, haben die Leute die Möglichkeit über zwei Straßen zu fahren. Und bitte überlassen wir den Leuten das selber, über welche Straße dass sie fahren wollen. Jetzt stehen sie teilweise im Stau, es gibt halt Spitzenzeiten, wo man im Stau steht. Die wird es vielleicht auch später noch geben, das sagt glaube ich auch keiner. Es wird immer in der Früh, wenn die Leute zur Arbeit fahren oder wenn die Leute ... leider die Kinder zur Schule gebracht werden mit dem Auto - ist ja leider auch der Fall – weiterhin zu Staus kommen. Das wird keiner abstreiten, aber es gibt einfach die Möglichkeit, dass man einfach verschiedene innerstädtische Wege einerseits, aber auch Wege, die vielleicht den überregionalen Verkehr bedienen, dass ein Dietacher zum Krankenhaus will oder weiß ich nicht wer, ein Sierninger zum Interspar fahren will oder wo auch immer hin, dass der halt einfach die Auswahl hat. Und was mir auch fehlt in der Aufzählung, die du gemacht hast. Da kann ich mich erinnern, da hat der Kurt Apfelthaler einmal in irgendeiner Sitzung, wo ich aber nicht mehr weiß, wann das war, einmal gesagt, sie sind einmal spazieren gegangen dort und haben vielleicht irgendwelche Gräschen oder Blümchen gefunden. Die haben mir vielleicht heute noch gefehlt, weil auf das hätte eigentlich ich noch gewartet. Aber um das nicht ins Lächerliche zu ziehen, weil das will ich auch nicht ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da hat es einen Zeitungsartikel gegeben.

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Ja, das hat es gegeben. Das hat es geben.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER (vom Platz aus):

Nein, ganz am Anfang der Legislaturperiode sind wir .... (*unverständlich*).

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Vielleicht hast sogar gezeltet dort, ich weiß es nicht.

*Unverständliche Diskussion zwischen Bgm. Hackl und GR Apfelthaler!*

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Nein, aber ich will es wirklich nicht ins Lächerliche ziehen. Ich denke mir, es ist auch gut, dass es die Bürgerinitiative gibt. Ich glaube, so sehen wir das auch herinnen, denn wir wis-

sen auch, wie es sehr wohl auch am Taborknoten war. Wir wissen, wie es bei der B 309 war, wo es natürlich Leute gibt und mögen es mehr oder weniger sein, die halt gegen auch ein Projekt sind. Und nur so können wir vielleicht auch mit Druck auf der Stadt, der da sicher auch unterstützen wird, die eine oder andere Maßnahme noch schaffen, dass vielleicht wirklich dort eine Lärmschutzwand mehr oder dort vielleicht irgendeine Schutzmaßnahme noch mehr dazu kommt, bauen können. Und da ist es, glaube ich denke ich mir, auch ganz wichtig, dass es auch aufgezeigt wird, wo Probleme sein können. Das wir drauf auch reagieren können und das auch unterstützen können und auch den Bewohnern dort helfen können, aber für uns – oder auch für mich speziell – muss ich sagen, eine Westspange denke ich mir, ist für die Stadt und für die Entwicklung der Stadt mehr als wie notwendig, sodass wir auch in der Stadt weiter planen können und auch an die Zukunft denken können.

*Applaus!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Noch einmal eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Kurz, ja.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Bitte, ja.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Ja nur eine kurze Replik zur Überraschung der GRÜNEN-Haltung jetzt. Also, du hast jetzt – Markus – drauf hingewiesen, es gab da diese Wanderung, die wir auch im RTV transportiert haben und die war sicher keine Unterstützungsgeschichte für den Bau der Westspange. So da haben wir natürlich unsere Kritikpunkte auch versucht zu transportieren, ist nur nicht überall angekommen, aber spätestens seit damals sollte bekannt sein, dass die GRÜNEN jedenfalls keine glühenden Vertreter dieses Straßenprojekts sind und ich kann mich erinnern – vielleicht habe ich es nicht bei jeder Gelegenheit gesagt - aber an einige Gelegenheiten kann ich mich erinnern, wo etwas beschlossen wurde, wo es einen Bezug zur Westspange gab und wir haben der Gesamtgeschichte zugestimmt, dass wir aber diesen Vorbehalt gemacht haben – das heißt aber jetzt nicht, dass wir für die Westspange sind. Was immer das Projekt dann wäre, wir gesagt haben, insgesamt stimmen wir aber dem zu, weil abgesehen von der Westspange das eine Geschichte ist, die auch für uns sinnvoll ist. Also den Vorwurf möchte ich eigentlich nicht mehr hören, dass das von uns was völlig Neues ist.

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL (vom Platz aus):  
Das ist eine Ausrede Herr Kaufmann, weil Gäste da sind!

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Wieso Ausrede?

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Nein, worauf bezieht sich die Ausrede?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL (vom Platz aus):  
Die Ausrede bezieht sich auf ihre Formulierung jetzt – das sie eh immer gesagt haben ...

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Nein, ich habe ...

*Unverständliche Diskussion zwischen GR Mag. Kaufmann und GR Eichhübl.*

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Nein, nein, da müssen sie mir umgekehrt vorhalten können, dass ich wo ausdrücklich der Westspange zugestimmt hätte. Ja, es gibt natürlich viele Entscheidungen bis hin zum Budget, wo irgendwelche Planungsgeschichten drinnen sind, die die Westspange betreffen und wir haben dem Budget zugestimmt aus Gründen, die wir gesagt haben. Aber sicher nicht damit akzeptiert, dass wir auch die ich weiß nicht paar Tausend Euro, die da schon für die Westspange drinnen sind, jetzt als Unterstützung für die Westspange auch mitbestimmen. Und das haben wir jedenfalls – vielleicht nicht immer, aber manchmal jedenfalls – ausdrücklich dazu gesagt. Also das ist sicher nichts Neues jetzt heute, dass die GRÜNEN die Westspange nicht haben wollen. Und zu der Diskussion auf Basis der Zahlen, die jetzt in dem Trassenauswahlverfahren drinnen sind. Vielleicht hätte ich sie früher schon irgendwo finden können. Wir haben die nie in einem Ausschuss diskutiert, weil dann hätten wir uns damit befassen müssen – was heißt denn das, wenn es irgendwo von 22.300 auf 21.100 sich ändert. Ist das eine Entlastung? Meiner Meinung nach wird ein Anrainer, wo es um ungefähr 9 % weniger wird, davon nichts merken. Deswegen ist das für mich – es ist zwar rein mathematisch eine gewisse Entlastung - aber es ist keine Entlastung der Betroffenheit von Anrainern von Straßen.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER (vom Platz aus):  
Du musst ja die Zunahmen noch dazu zählen.

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Nein, da geht's darum, wollen wir wirklich weiterhin eine Verkehrspolitik betreiben, die einfach ... wir machen es ja beim Bus genauso. Beim Bus sagen wir, das ist uns zu teuer - auch wenn vielleicht mehr Leute gern Bus fahren würden – das können wir uns nicht leisten. Wir sparen da. Was dann dazu führt, das weniger Leute ... wenn weniger Busse fahren, fahren weniger Leute mit den Bussen. Ist klar. Dort sagen wir, wir müssen die Nutzer des öffentlichen Verkehrsmittels, wir müssen denen Grenzen setzen, weil wir uns das nicht leisten wollen. Und wir verlangen, dass wir auch beim Autoverkehr überlegt, wo sollten wir aus gesundheitlichen, aus Umwelt, aus CO2, was immer Gründen – da gibt es viele, ein paar habe ich davon zu erläutern versucht – wäre es nicht sinnvoll, hier auch Grenzen zu setzen und nicht immer zu sagen: „Ja wenn's mehr wird, dann müssen wir mehr Straßen bauen und immer mehr und immer weiter“. Was wir seit Jahrzehnten ja tun. Und es wird ...

*Unverständlicher Zwischenruf von GR Eichhübl vom Platz aus!*

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Es wird ja nicht Gott gegeben mehr, sondern eben wie Knoflacher – dort eine Erheiterung hervorruft – sagt: „Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten“. Das ist einfach ein völlig logischer Zusammenhang. Und eine Erklärung habe ich natürlich schon dafür, warum's – eine, die erklärt nicht alles – warum 30 % mehr Verkehr entstehend wird durch die Westspange. Das ist die auch beabsichtigte – das steht ja in dem Auswahlverfahren drinnen vom Land – die beabsichtigte Umleitung von großräumigen Verkehr der um Steyr jetzt irgendwo fährt – das wird nicht ausgeführt, wo der jetzt fährt – der soll dann auf die Westspange komme. Und da gehört natürlich auch dazu der Transitverkehr, der dadurch angezogen wird.

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:  
Welcher Transitverkehr?

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Wo gibt es ein Fahrverbot?

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:  
Wo willst du denn hinfahren?

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Na sicher!

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:  
Da gibt es ein Fahrverbot.

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Der Bürgermeister hat noch sein Schlusswort da.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Wo gibt es ein Fahrverbot?

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Aber nicht, wenn ... das ist ja der nächste Schritt von der Wirtschaftskammer gefordert, dass das Steyrtal ausgebaut wird bis zum Anschluss an die A9. Also der Transitverkehr, das ist völlig klar, dass darauf gewartet wird, dass man diese Verbindung ausbaut. Das erklärt einen Teil, aber vielleicht gibt es noch eine Erläuterung womit der andere Teil dieser 30 % die – ich sage es noch einmal – durch die Westspange erst erzeugt werden, weil ich das heraus gefunden habe, sondern weil das in den Zeilen des Landes OÖ drinnen steht. Woher wie man das erklären kann, ich weiß es nur zum Teil. Danke!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Gut! Nächster zur Wort gemeldet ist der Koll. Spöck – entschuldige – der Koll. Zöttl und dann der Koll. Mayrhofer und dann gehe ich von dem aus, dann der Koll. Hauser. Vielleicht nur zu deinen Aussagen Reinhard mit den Prognosen mit der Verkehrszunahme. Ich kann mich noch gut erinnern, wie wir das Stickler-Konzept überarbeitet haben nämlich im Jahr 2005. Da war im Jahr 20 ... also 1993 hat der Dr. Stickler dieses Konzept, das wir da im Gemeinderat beschlossen haben, waren auch Prognosen drinnen, wie die Verkehrszunahme sein wird. Und ich weiß heute noch ganz genau, wie wir dann gezählt haben Eisenbundesstraße herein vom Ennstal – da kann man wirklich nicht sagen, dass das eine Transitroute ist und, und, und das ausgebaut worden ist – und das war bei Weitem noch nicht der Ausbau, wie es jetzt dann im nachhinein zum Teil gemacht haben – da waren die Prognosen so, dass wir um die – wenn ich es richtig im Kopf habe – um die 40 – 45 % Verkehrssteigerung. Zunahme. Prognostiziert! Faktum war, dass es eine Zunahme von 100 % war. So viel zu den Prognosen.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN (vom Platz aus):

Ja wahrscheinlich ist das eh zu wenig, was ich gesagt habe.

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Du tust in deinem ... es wird ja bestätigt. Du nimmst ja in deiner Argumentation her, dass wir die Straße nicht brauchen.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN (vom Platz aus):

Nein, die Straße erzeugt ja erst diesen Verkehr.

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Das wollte ich jetzt gerade sagen!

*Diverse unverständliche Zwischenrufe!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Drohnen sind unterwegs.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, werte Gäste! Ich möchte gleich vorab schicken, ich habe natürlich und das habe ich heute Vormittag bei der Besprechung mit der Bürgerinitiative bzw. dem Verein „Grüngürtel statt Westspange“ schon gesagt, dass wir selbstverständlich – ich glaube, das kann man für alle spreche herinnen – Verständnis für die betroffenen Anrainer der zukünftigen Westspange haben und auch diejenigen, die Sorge um Fauna und Flora haben, dass wir dieses Verständnis sicherlich haben und auch damit klar kommen. Es hat auch das Auflageverfahren gegeben, wo ja diese Einwände sozusagen kundgetan werden haben können und das auch an das Land gegangen ist und da ist man auch sicherlich bemüht, dass man soweit es geht diese Mängel bzw. Sorgen auch dementsprechend behandelt. Was ich schon sagen möchte, seit Jahrzehnten wird in Verkehrskonzepten und auch hier im vorliegenden Gesamtverkehrskonzept 2005, was der Koll. Eichhübl zuerst gerade vorgebracht hat, der Technischen Universität die Westspange als mittel- bis langfristige Lösung der Verkehrssituation in Steyr gesehen. Also das ist nicht irgendwie jetzt vom Himmel gefallen, sondern das ist schon längere Zeit da. Und war auch im Jahr 2005 im Gemeinderat hier und ist hier einstimmig – auch mit Stimmen der GRÜNEN – beschlossen worden. Also soweit zum Thema „nichts gewusst davon“. Was aber schon ein Widerspruch in sich ist, heute habe ich jetzt gehört vom Herrn Kaufmann, dass der Verkehr stark zunimmt. Heute Vormittag habe ich gehört von Mitgliedern des Vereins des Grüngürtels, die sagen, die Westspange brauchen wir nicht, weil zukünftig der Verkehr wieder abnehmen wird. Also das ist für mich ein grober Widerspruch und die Michaela sagt, die jungen Leute – nichts sehnlicher als individuelle Mobilität und mit 17 Führerschein und ein Auto. Heute Vormittag habe ich gehört, dass die Jungen das gar nicht mehr so auf Prioritätenliste ganz oben haben, sondern da ist alles andere wichtiger. Also das passt irgendwie nicht ganz zusammen. Ich und wir auch von den Freiheitlichen sehen die Mobilität als Notwendigkeit und für eine positive und eine große Entwicklung in der Stadt Steyr und auch als individuelle Freiheit des Einzelnen. Daher bleiben wir auch bei unserer Meinung, dass wir für die Westspange sind und auch das zum Schutz anderer ... der Bürger in anderen Stadtteilen. Danke!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Koll. Mayrhofer – Gunter bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum wollen wir eigentlich eine Westspange? Jeder von uns, der über die Seifentruhe fährt, merkt was los ist und wie sich das in den letzten Jahren gesteigert hat. Und ein Ende – auch wenn manche das voraussagen möchten - aber auch das letzte Schreiben des BM für Verkehr geht von einer weiteren Steigerung aus. Das heißt, wir müssen auch in der Zukunft mit einer Steigerung noch rechnen, vor allem dann, wenn es uns gelingt, unsere Stadt weiter zu entwickeln. Und eine Westspange ermöglicht uns, dass wir den Verkehr, den wir nicht in der Stadt haben wollen, auch um das direkte Stadtgebiet herum leiten. Und damit spreche ich vor allem für den Schwerverkehr. Wir wissen, dass ein Schwerverkehr – ein LKW – zum Beispiel eine Straße 5.000 x so hoch belastet wie ein PKW. Das heißt, alleine wenn es uns gelingt, von der Seifentruhe und damit natürlich auch vom Taborknoten, den Schwerverkehr umzuleiten, haben wir für die Menschen in der Stadt irrsinnig viel erreicht. Wir sind geografisch in einer Situation, dass bei uns zwei Täler einmünden. Das ist das Steyrtal und das Ennstal. Wir sind die einzige Stadt in unserer Größenordnung, die es leider in der Vergangenheit verabsäumt haben, dass wir den Verkehr, der nicht direkt nach Steyr herein will sondern der eigentlich nur durch möchte oder um Steyr rundherum möchte, den haben wir nach wie vor hier in der Stadt. Und das ist etwas, das können wir auch in Verantwortung für unsere Bürger auch nicht wollen. Die Fehlinterpretation, die ich ihnen zugerufen habe, liegt in der Zunahme des Verkehrs. Sie gehen von Prognosen aus und gehen davon aus, wenn die Straße nicht wäre, hätten wir diesen Verkehr nicht.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN (vom Platz aus):

Nein, das kann beides nicht ... dann sind es 25 Prognosen ... mit und ohne Westspange.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Das ist mit Sicherheit nicht realistisch. Und jetzt möchte ich noch eines dazu sagen. Sie stellen sich hier heraußen her und sagen, man muss eigentlich alles tun, damit Individualverkehr passiert. Man muss in der Verantwortung als Politiker schauen, dass man das verhindert und gleichzeitig stimmen sie aber einem Einkaufszentrum zu, was für einen überörtlichen Bedarf konzipiert ist. Da ist ein klarer Widerspruch und das ist genau in dieser sensiblen Zone Herr Kaufmann, wo sie gesagt haben, da wird in Zukunft verstärkt Verkehr passieren. Und genau dorthin setzen wir ein Einkaufszentrum und wir wissen alle miteinander oder das geben auch alle Studien und sogar der Betreiber selbst hat das gesagt – er kann nur existieren, wenn er überregional Kaufkraft hier herein bringt. Eh alles gut, ist eh beschlossen worden, aber bitte mit ihrer Stimme und in vollem Wissen, dass damit hier zusätzlicher Verkehr herein kommt. Also ein gewisses Pharisäertum möchte ich ihnen nicht absprechen.

*Applaus!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Nächster Redner ist der Koll. Hauser. Willi, bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzter Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollege, geschätztes Präsidium, werte Gäste, geschätzte Presse! Wir haben jetzt irrsinnig viel gehört und ich denke mir, es muss möglich sein, dass auch zwei Meinungen nebeneinander stehen bleiben. Und ich denke mir, gerade mit dem Gespräch heute Vormittag haben wir bewiesen, dass wir auf der einen Seite zuhören können, dass wir auf der anderen Seite Argumente wahrnehmen, dass auf der anderen Seite auch unsere Argumente gemacht worden und dass wir auf der anderen Seite trotzdem versuchen sozusagen sehr umsichtig zu sein. Sehr umsichtig zu sein dahingehend – und das drückt sich ja auch in unserer Stellungnahme aus – dass man sagt, okay, da gibt es Einwendungen und auf die ist natürlich größtmöglich Rücksicht zu nehmen. Und ich möchte nur dazu sagen – jeder der glaubt, dass wir uns das alle recht einfach und leicht machen, der ist schief gewickelt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen glaube ich der höchsten Umweltstandards. Wir haben die höchsten gesetzlichen Vorschriften die überall einzuhalten sind. Wenn sie in ein anderes Land auch der europäischen Union fahren, dann zeigen sie mir eine Autobahn, die so aussieht wie die A1, wo du nämlich vor lauter Lärmschutzwände nichts mehr siehst, obwohl dahinter nur ein Wald ist und wie es ab und zu so lieb gemeint wird, ein paar Haserl und Rehlein. Und auch diese Dinge muss man einfach sehen. Es wird sich bemühen ... es wird sicherlich ein Bemühen geben all diese Dinge zu erfüllen. Und bei der B 309 haben wir es ja gesehen. Da ist ja von Grünbrücken bis sonstiges was alles notwendig war und was ausgehandelt wurde, durchgeführt worden. Und wir sind überzeugt davon, dass dieselben Dinge auch natürlich für die Westspange zutreffen werden. Und trotzdem möchte ich darauf verweisen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass wir von der Politik vor allen Dingen auch aufgerufen sind, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Stadt sich entwickeln kann, dass die Leute Arbeit haben bei uns hier in Steyr, dass die Wirtschaft funktioniert, weil ohne die haben wir keine Arbeitsplätze und damit auch gesichert ist, dass die Stadt einen Fortbestand hat. Und wenn der Herr Koll. Lindlgruber sagt, es ist ein Wahnsinn, weil die 4 Millionen, wie wollen wir denn die haben. Dann muss ich schon dazu sagen, alles recht und schön – aber viel zu kurzsichtig gegriffen, weil die Arbeitsplätze werden wir nicht schaffen können, wenn die Wirtschaft hier nicht ausbaut. Auf der einen Seite beschließen wir Powerregion, auf der anderen Seite beschließen wir, dass wir

Betriebe ansiedeln wollen, auf der dritten Seite beschließen wir, dass wir Flächenumwidmung um Betriebsansiedelung überhaupt durchführen zu können und auf der vierten Seite sagen wir, aber hinfahren darf keiner. So kann es nicht funktionieren. Und den Vorwurf, den lasse ich auch nicht gelten, dass wir immer so tun als wir tun für den öffentlichen Verkehr nichts. Ich bin überzeugt davon, dass wir eine Stadt sind, die die modernsten Busse hat. Da bin ich der Überzeugung, dass wir viel dafür getan haben um das Netz so attraktiv als möglich zu machen und so freundlich für die Kundinnen und Kunden. Und trotzdem ist es so, dass ich mich noch zurück erinnern kann, dass wir eine Aufgabenreform beschlossen haben – alle Fraktionen gemeinsam – wo gesagt worden ist, aber Geld müssen wir einsparen. Und da ist es dann dazu gekommen, dass ich verschiedenste Dinge verhandelt habe und dort haben die einen gesagt, nein da können wir es uns gar nicht vorstellen und da können wir es uns auch nicht vorstellen und ich möchte nur darauf aufmerksam machen, wir reden jetzt von einer Defizitabdeckung zwischen 1,7 und 1,9 Millionen. Wir waren schon einmal auf 2,2 Millionen. Und die Maßnahmen, die wir damals gesetzt haben, haben dazu geführt, dass wir uns auf 1,7 abgesenkt haben. Und wir haben es trotzdem so gemacht, dass es für viele Leute nicht wirklich spürbar war. Es sind am Abend halt die einen oder anderen Zeiten verkürzt worden. In der Früh haben wir ein bisschen etwas verändert. Die Hauptlinien fahren heute alle noch im 15-Minuten-Takt – für eine Bezirksstadt wie Steyr ein großartiges Element. In vielen anderen Bereichen fahren wir im Halbstunden-Takt und zusätzlich haben wir auch noch ein paar Linien, wo es einen Stunden-Takt gibt oder halt eine punktuelle Lösung. Angesprochen wurde die Aufstiegshilfe. Ja, eh. Wir werden sie eh machen. Wir werden sie in der nächsten Legislaturperiode schaffen und ich bin überzeugt davon, dass der Aufzug vorher fahren wird, bevor die Westspange gebaut ist.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz aus):  
Das hätte ich gerne schriftlich.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Liebe Michaela, ob du was schriftlich willst oder nicht, muss ich dir ganz offen und ehrlich sagen, ist mir momentan piep schnurzegal.

*Allgemeines Gelächter!*

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Es geht ja nur prinzipiell – ja eh, da gibt es ein Protokoll, dann hast du es schriftlich, dann kannst es nachlesen dann – aber diese Animositäten, dass alleweil ein jeder alles mit Brief und Siegel unterschrieben haben möchte, die sind manchmal nicht auszuhalten. Das was mir aber am meisten weh tut und das muss ich euch schon sagen – geschätzte Kolleginnen und Kollegen – dass wir hier viel diskutieren, dass wir hier viel reden, dass wir viele Argumente haben, aber noch kein einziges Argument, das vielleicht den Bewohnerinnen und der Bevölkerung an der Seifentruhe dann ein bisschen besser geht. Das hat noch niemand gesagt.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:  
Sicher habe ich es gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Noch keiner hat das gesagt – ich rede ja nicht von dir.

*Allgemeines Gelächter!*

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich rede jetzt ... Helmut, du weißt schon warum wir da sitzen. Um eine Antwort darauf zu geben, was die Gegner der Westspange sagen. Und daher rede ich nicht von dir, weil das ist eh klar, wir haben die Argumente eh. Und wir wissen auch, dass wir auch dort eine Verantwortung haben. Und die Verantwortung die ich schon meine, die wir alle gemeinsam haben, ist natürlich auch zu schauen, dass die Belastungen für jene, die dann auch ein bisschen betroffen sein werden, so weit zu mildern, dass es nur irgendwie möglich ist, auch für die ein normales Leben zu führen. Und da bin ich überzeugt davon, das werden wir alle tun. Die B309 hat das bewiesen und in diesem Sinne ersuche ich euch wirklich alle ein bisschen den Kopf schief zu halten und alles sozusagen zu bedenken, wenn wir dann da das Handlülchen heben. Ich hoffe auf alle Fälle, dass wir mir mit großer Mehrheit hier diesen Antrag beschließen werden. Danke!

*Applaus!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Herr Referent bitte, Schlusswort!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, Schlusswort! Es ist schon viel gesagt worden, ich möchte ganz kurz, weil es ein völliges Nebenthema war und sehr viel Blödsinn war, auf den Koll. Lindlgruber eingehen. Also, dass wir jedes Jahr mehr Schulden haben in der Stadt. Ich weiß nicht, wo sie die letzten Jahre bei den Budgetsitzungen waren. Wir sind zum vierten Mal hintereinander ... bauen wir mehr Schulden ab wie wir aufnehmen. Budget 2015 um EUR 600.000,-- weniger aufgenommen, also mehr zurückgezahlt als aufgenommen. Das vierte Mal hintereinander keine Netto-Neuverschuldung – nachzulesen in allen Budgets, in allen Presseaussendung. Also wie sie auf das kommen, weiß ich nicht. Außer vielleicht, ... nein, ich weiß es einfach nicht. Was unsere Verschuldung, die Stadtverschuldung, mit der Arbeitslosigkeit in der Stadt zu tun haben soll, weiß ich auch nicht. Weil wir zahlen unsere Arbeiter und Bediensteten, wir haben rund 1.000 Beschäftigte pro Kopf. Die kriegen ihr Geld, also bei uns sind sie nicht arbeitslos. Den kausalen Zusammenhang kenne ich nicht. Aber wie gesagt, zu sagen, wir sind so verschuldet und werden von Jahr zu Jahr mehr, das ist wirklich ein Blödsinn. Nachweislich ein Blödsinn.

15:13 Uhr GR<sup>in</sup> Monika Freimund kommt zur Sitzung!

Budgetwirksam, wenn wir die 3 Millionen zahlen müssen/dürfen für die Westspange, wer weiß wann es sein wird. Wir gehen davon aus und so ist es vereinbart, dass es in den nächsten sechs Jahren sein wird. Ich kann ihnen nicht sagen, in welchem Jahr das ist, weil das ist eine Landesstraße und das Land OÖ muss schauen, dass es das Geld hat und wir haben uns verpflichtet, mitzuzahlen. Und wenn wir 3 Millionen in die Hand nehmen, dann werden wir uns das leisten können. Ich will nicht sagen, dass wir uns das locker leisten können, aber wir werden uns das leisten können, so wie viele andere Großinvestitionen auch, die wir die letzten Jahren getätigt haben. Und wir werden diese Investition natürlich über Kredit finanzieren. So günstig wie momentan haben wir uns noch nie finanzieren können. Nicht einmal 2 %. Also ich wünsche einem jeden, dass er so einen Kredit hat. Wir zahlen das zurück. Und – jetzt weiß ich nicht, wie oft ich das da schon gesagt habe – wir investieren nur in Infrastrukturprojekte. Jedes Großbauwerk, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, von den Alten- und Pflegeheimen über die Schulen, ja bis zum Reithoffergebäude. Das sind Werte, die geschaffen werden, die für Generationen dauern. Und es gibt niemanden in der

Ökonomie, der ein bisschen einen Grips hat, der sagt, dass solche Investitionen böse sind. Und das man für solche langfristigen Investitionen kein Geld aufnehmen darf. Das machen wirklich nur die – ich weiß nicht – die Populisten oder die, die keine Ahnung haben. Also das zum Geld. Das ärgert mich nämlich, weil wir uns so bemühen alle gemeinsam die Finanzen in Ordnung zu bringen und wir tun das wirklich, mit all den Schmerzen, und wir sind auf einem guten Weg und dann kommt wer aus dem Kreis und sagt, von Jahr zu Jahr werden die Schulden mehr in der Stadt. Nachweislich Blödsinn. Ja, die GRÜNEN – ich denke, wir haben in der Besprechung vorher schon mit der Bürgerinitiative gesagt. Es ist eine Philosophiefrage offensichtlich. Man kann daran glauben, dass die Mobilität weniger wird und der Verkehr weniger wird. Oder man kann nicht daran glauben. Alle Zahlen, alle Fakten sprechen dafür, dass die Mobilität gebraucht wird. Für Wirtschaftswachstum, für Ansiedlungsprojekte und das von den Jugendlichen kann ich nur bestätigen. Jeder der Kinder hat weiß, wie es ist ab 17/18 – L17. Ich bin L17 gefahren Probe mit meiner Tochter und bin den normalen gefahren. Also das ist Standard, das gehört dazu, darum haben wir mehr Autos und darum wird auch mehr gefahren. Wir können jetzt sagen, wir werden hier in der Stadt Steyr die Welt retten, wir zeigen denen – der ganzen Welt – weil wir bauen jetzt keine Straßen mehr. Das können wir dann auch nach Linz erzählen und nach Wels. Da fällt mir das ein wie Knoflacher – warum ich gelacht habe, du warst nicht dabei bei dem Gespräch – der Prof. Knoflacher hat in der Zeit, wie ich in Wels gearbeitet habe ein Verkehrskonzept für die Stadt Wels erstellt. Die Summe, die dafür bezahlt wurde, weiß ich nicht mehr. Und der Prof. Knoflacher ist ja landauf und landab gezogen – tut es jetzt noch oder glaube jetzt ist er schon emeritiert – und sagt, nicht nur wer Straßen baut wird Verkehr ernten, sondern er hat auch gesagt, Rotphasen statt Grünphasen. Und so ein Konzept hat er der Stadt Wels vorgeschlagen um teures Geld und es wurde nicht einmal ein Beistrich umgesetzt, weil jeder gesehen hat, dass das undenkbar ist. Dass es keine Bevölkerung gibt, die so einen Blödsinn gegen die Mobilität und gegen die Freiheit der Menschen umsetzen kann. Weil alle eben abgewählt werden. Und ich kann mir ja philosophisch viel denken und ich kann auch in Großräumen denken und ich kann natürlich – ich lese auch Zeitungen hier – in diesen Megacities, wo der Individualverkehr zurück gedrängt werden muss, wo der öffentliche Verkehr massiv ausgebaut wird. Das ist doch kein Beispiel für eine Bezirksstadt mit 38.000 Einwohnern. Wir können doch keine U-Bahn bauen. Wer soll denn das zahlen? Wir können auch keinen Bus fahren lassen alle zwei Minuten, weil keiner drinnen sitzt. Für uns ist es schon ein Highlight, wenn wir nach Garsten fahren, dort eh nur mit dem Land OÖ die Finanzierung zusammen bringen – da sitzen fünf Leute drinnen. Es ist ja nicht so, dass wir so wie in Wien, dort steigt der Anteil jener, die mit den Öffis fahren ja wirklich. Ist ja klar. Wenn ich in Wien bin, fahre ich nur mit den Öffis, weil die U-Bahn super ist. Und auch die Jungen steigen ein. Aber das zu projizieren und sagen, das funktioniert in einer Bezirksstadt auch und darum müssen wir da hin, ist wirklich ... ja sagen wir Vision, damit ich es freundlich sage. Ist eine Vision und man kann sich dazu bekennen und das ist ja okay. Und das die GRÜNEN da auf den Zug aufspringen und jetzt sagen, wir waren nicht dabei 2005 ... Verkehrskonzept. Mit Westspange beschlossen, mit den Stimmen der GRÜNEN. Weil bis dorthin allen klar war, dass wir die brauchen. Und wir waren drüben in Linz und haben uns alle gefreut 2010, wie wir endlich beim LH-Stv. Hiesl dieses Projekt in trockenen Tüchern gehabt haben. Und wir haben es erzählt und haben gesagt, jetzt haben wir das. Jetzt machen wir zuerst die Taborknoten/Posthofknoten und dann die Westspange. Und da war keine einzige Gegenstimme. Nirgends. In den Zeitungen nicht. Von jenen die dort wohnen nicht. Taschelried ist gekommen und hat gesagt, ja schauen wir, wie wird das ungefähr werden dort. Da haben wir gesagt, wir müssen schauen, dass wir uns bemühen, wenn die Straße dann kommt, dass wir eben gemeinsam Schutzmaßnahmen macht. Dass die, die betroffen sind möglichst gut abgefedert sind. Das war das Thema und auf einmal kocht das hoch und wird in Frage gestellt herinnen, wie wenn das der größte Blödsinn aller Zeiten wäre. Wir werden in Steyr ja die größte Vision umsetzen – wir bauen keine Straßen mehr, weil endlich wird es dann vielleicht bei uns in 5 oder 10 Jahren so sein, dass nichts mehr geht. In Linz kämpfen sie seit 20 Jahren mit dem Westring. Ja, sind die jetzt wirklich ... vor allem, die kennen sich auch nicht aus. Die Mühlviertler stehen seit 10 Jahren im Stau – von allen Seiten! Und wenn der Westring nicht kommt, steht dann alles. Die bauen auch eine Straße und können nicht hoffen drauf, dass irgendwann ein großes Umdenken stattfindet

und dort die Leute sagen, ist eigentlich wirklich blöd, das ich mit dem Auto fahre. Carsharing und lauter solche Dinge – ist ja alles schön. Ist eine punktuelle Geschichte für ein paar Nette, die sagen, das ist mir ein persönliches Anliegen. Aber das ist doch nicht der Mainstream. Man kann doch nicht glauben, dass ich eine Generation, die mit dem Auto aufgewachsen ist – von 45 rauf – auf einmal umpolen kann und sage, dass ist alles Blödsinn. Ihr müsst jetzt endlich einmal begreifen, dass das schlecht ist und jetzt bauen wir halt keine Straßen mehr. Und das sagt die Politik, die da gewählt werden will. Das ist ja völlig unrealistisch. Aber ich kann das wirklich gut nachvollziehen von jenen Menschen, die daran glauben und das dann auch vorleben. Ich habe Respekt davor und ziehe meinen Hut. Aber wir müssen uns darum kümmern, dass die, die Auto fahren wollen und die mit den LKWs auch zu den Betrieben wollen, die anliefern wollen, die Betriebsansiedlungen da in der Stadt Steyr vorhaben, dass die sagen, der Standort ist attraktiv, da möchten wir herfahren und da möchten wir investieren, da möchten wir Arbeitsplätze schaffen. Dass das Betroffene bedeutet, ist auch keine Frage. Aber ich denke und das ist ja die Abwägung der Güter, dazu ist auch die Politik da. Ich ersuche noch einmal, alle die da betroffen sind von der Westspange um Verständnis, dass wir diese Westspange unbedingt brauchen für diese Stadt für die zukünftige Entwicklung. Wir wollen Mobilität sichern und wir müssen Mobilität sichern in dieser Stadt für die nächsten 20-30-40 Jahre und somit auch den Wohlstand. Das ist meine Meinung und die deckt sich mit sehr vielen hier im Saal. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 13.05.2015 wird gegenüber dem Amt der Oö. Landesregierung zur Planung und Errichtung der Westspange folgende **Stellungnahme** abgegeben:

Die Stadt Steyr unterstützt und befürwortet dieses Projekt im Sinne einer positiven Verkehrslenkung und der damit verbundenen Verkehrsentlastung und ersucht das Land Oberösterreich, rasch die notwendigen Schritte zur Verwirklichung dieses für die Stadt Steyr dringend notwendigen Bauprojektes fortzuführen. Gleichzeitig werden die mit dem Projekt befassten Dienststellen des Amtes der Oö. Landesregierung im Interesse der von der zukünftigen Straße betroffenen Bevölkerung der Stadt und der allenfalls betroffenen Bürgerinnen und Bürger in angrenzenden Gemeinden aufgefordert, die eingelangten Anregungen, die insbesondere Lärm- und Sichtschutz und den Schutz des Wildes betreffen, wohlwollend zu prüfen und nach Möglichkeit und Sinnhaftigkeit auch umzusetzen.

Weiters wird dem **Abschluss** des in der Anlage beigeschlossenen **Übereinkommens**, mit welchem sich die Stadt verpflichtet, den nach Fertigstellung der Westspange entbehrlich werdenden Abschnitt der L564 Wolfener Straße in ihre Verwaltung und Erhaltung zu übernehmen und sich mit 10 % an den Kosten der Westspange Steyr zu beteiligen, zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen vorliegenden Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Wer ist dagegen? Drei Gegen ... vier Gegenstimmen. Vier. Stimmenthaltung gibt es keine, somit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen. Danke für die Diskussion und ersuche um deinen letzten Punkt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2*

*GR<sup>n</sup> Rosa Hieß*

*GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **30**

**SPÖ 17** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner, GR<sup>in</sup> Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GR<sup>in</sup> Erika Loibl, MAS, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner)

**WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8** – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GR<sup>in</sup> Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GR<sup>in</sup> Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**FPÖ 5** – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Hans Payrleithner)

Gegenstimmen: **4**

**FPÖ 1** – (GR Ing. Kurt Lindlgruber)

**GRÜNE 3** – (GR Kurt Apfelthaler, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

#### **4) Fin-125/2010            Bedarfszuweisung für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Im letzten Punkt geht es um die Bedarfszuweisung für das Museum Arbeitswelt. Das Museum Arbeitswelt wird auch vom Land OÖ gefördert und zwar mit einer Jahresbedarfszuweisung in Höhe von EUR 300.000,-. Wir sind als Gremium nur dazu berufen, diese Summe weiter zu leiten und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 20. Mai 2015, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von € 300.000,- an das Museum Arbeitswelt, als Museumsförderung des Landes Oberösterreich für das Jahr 2015, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VAST 5/360000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von € 300.000,- für das Rechnungsjahr 2015 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist wer dagegen? Übt wer Stimmenthaltung? Entschuldigung.

CHRISTINA SCHAUMBERGER:

Das war jetzt zu schnell.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Moment, das war jetzt zu schnell. Dann müssen wir richtig abstimmen. Moment. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Ja, passt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wer ist gegen diesen Antrag?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

2 Gegenstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wer übt Stimmenthaltung?

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

4.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2*

*GR<sup>in</sup> Rosa Hieß*

*GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **28**

**SPÖ 17** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner, GR<sup>in</sup> Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GR<sup>in</sup> Erika Loibl, MAS, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner)

**WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8** – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GR<sup>in</sup> Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GR<sup>in</sup> Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 3** – (GR Kurt Apfelthaler, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Gegenstimmen: 2

**FPÖ 2** – (GR Ing. Kurt Lindlgruber, GR Hans Payrleithner)

Enthaltungen: 4

**FPÖ 4** – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer)

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ich bedanke mich und darf gleichzeitig den Vorsitz an dich wieder zurück übergeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön! Ich übernehme den Vorsitz und darf als nächsten Berichterstatter Herrn Vbgm. Wilhelm Hauser ersuchen.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

#### **5) KBS-2/15**

#### **Kommunalbetriebe Steyr, Investitionskostenzuschuss 2015.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Hoher Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertes Präsidium, werte Gäste! Ich habe zwei Anträge heute. Der eine beschäftigt sich damit, dass wir im Budget beschlossen haben, einen Investitionskostenzuschuss für die Kommunalen Betriebe Steyr von EUR 481.100,--. Das ist im Budget aufgelistet und wir möchten und ich ersuche sozusagen diesen Antrag zu beschließen. Grundsätzlich möchte ich aber dazu sagen, dass natürlich die Einzelinvestitionen immer nach den Ausschreibungen und wenn sie größerer Natur sind, weil wegen einer Motorsäge oder so kommen wir nicht, aber wie es bei den Autos war, das beschließen wir zusätzlich natürlich auch im Stadtsenat, dass sozusagen nachvollzogen werden kann, wofür die Summen letztlich auch ausgegeben werden. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Abdeckung der geplanten Investitionen der Kommunalbetriebe Steyr werden die im Budget 2015 vorgesehenen Mittel in der Höhe

**€ 481.100,-- (Euro vierhunderteinundachtzigtausendeinhundert)  
als Investitionskostenzuschuss**

bei der Voranschlagstelle 5/858000/779000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 480.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im erforderlichen Ausmaß und in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Gibt es eine gegenteilige Haltung zu diesem Antrag? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, somit wurde der Antrag einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höller

GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**6) GHJ2-33/15                    Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Wasserverband  
Region Steyr, der Stadt Steyr, der Marktgemeinde Garsten und  
der Marktgemeinde Sierning.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein nächster Antrag ist so ein Antrag, der sich sozusagen auch schon mit der Zukunft beschäftigt und der Sicherung der Zukunft. Die Marktgemeinde Sierning ist an uns herantreten und hat gesagt, also sie möchten gerne unserem Wasserverband beitreten, um ihre Wasserversorgung abzusichern. Sie haben ja eine Zeitlang von uns auch Wasser bezogen, wenn ihr Brunnen in Tinsting sozusagen leer war und wir haben uns jetzt dazu entschlossen, erstens die im Wasserverband aufzunehmen, dann zusätzlich die Satzungen dafür auch anzupassen. Es wurden auch vom Land genehmigt und wir haben gestern in der Verbandsversammlung beschlossen, diese Vereinbarung zu machen unter den Mitgliedern im Verband bzw. auch zusätzlich natürlich die Errichtung eines Brunnens in Tinsting und eine Versorgungsleitung nach Sierning. Und nachdem das natürlich unterschiedlich genutzt wird bzw. benötigt wird, gibt es da auch natürlich eine Schlüsselberechnung von der Wasserwirtschaft, was sozusagen wie zu erfolgen hat. Und es ist natürlich auch so, dass wir in der Situation uns befinden, dass die Hauptlast sozusagen Sierning zufällt, weil die ja so die größten Nutznießer davon sind und die Hauptversorgung sozusagen ihrer Leistung dort machen. Wir befinden uns hier in einer Situation, dass die ... der Brunnen sozusagen zu 57 % von der, von Sierning getragen wird. Die 33 % von Garsten und 10 % für Steyr, wobei diese 10 % für uns insofern wichtig sind, als eine Sicherung unserer Versorgung, sollte im Brunnenschutzgebiet einmal was passieren, dass wir sozusagen eine Wasserversorgung haben aus der anderen Richtung. Und die Versorgungsleitung wird zu 80 % von Sierning getragen, weil die die Hauptnutzer natürlich sind, weil das von dem Brunnen dort weggeht, zu 15 % nach Garsten und zu 5 % nach Steyr. Und warum es jetzt so wichtig ist, dass wir das auch machen, ist, dass sozusagen daran gearbeitet wird, dass den Wasserwirtschaftsfonds abzuändern und daher müssen wir schauen, dass wir noch relativ rechtzeitig sozusagen hier zum Beschluss kommen, um dementsprechend auch die Förderungen garantiert zu bekommen. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 05.05.2015 wird dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Wasserverband Region Steyr, der Marktgemeinde Garsten und der Marktgemeinde Sierning über die Neuerrichtung eines Brunnens im Gebiet Tinsting und die dazu gehörige Aufteilung der anfallenden Kosten entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf genehmigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Sauberes Trinkwasser ist für alle ein hohes Gut, auch für die Sierninger. Die sichern sich ab und wir partizipieren da nur mehr oder minder mit einem wirklichen Backoffice. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dann

wurde auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf als Nächsten den Herrn VbGm. Gunter Mayrhofer ersuchen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 6  
GRin Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner  
GRin Helga Feller-Höller  
GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech  
GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker  
GR<sup>in</sup> Rosa Hieß  
GR Hans Payrleithner*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:**

#### **7) K-29/15                      Steyr – Reformationsstadt Europas 2017.**

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Danke! Meine geschätzten Damen und Herren! Der erste Antrag bezieht sich auf ein, glaube ich, sehr schönes Ereignis – nämlich es geht um das 500-Jahr-Jubiläum Reformation in Europa und damit auch in Steyr. Steyr war eines der Zentren der Reformation und 2017 soll diesem Jubiläum entsprechend eine Veranstaltungsreihe auch mit einer Ausstellung organisiert werden und dazu wurde vorgeschlagen von der Evangelischen Pfarre, dass die Stadt Steyr sich bewirbt um den Titel „Reformationsstadt Europas im Jahr 2017“ und dafür sind als Unterstützung auch vorgesehen für diese Veranstaltungsreihe EUR 15.000,--. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Kultur, Bildung und Sport vom 19. März 2015 wird der Grundsatzbeschluss als Antrag auf Verleihung des Titels „Reformationsstadt Europas“ im Jahr 2017 bei der „GEKE - Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa“, 1180 Wien, Severin-Schreiber-Gasse 3, gestellt.

Für die im Jahr 2017 geplanten Veranstaltungen wird hierfür im Voranschlag 2017 ein Betrag von

**€ 15.000,-- (i.W. EURO fünfzehntausend)**

vorgemerkt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich denke, es wird eine tolle Geschichte 2017. Auch etwas, was uns ja nicht nur geschichtlich zurück blicken lässt, sondern auch wirklich auch touristisch etwas bringen wird und wer, wenn nicht die Stadt Steyr ...(*Tonprobleme*) der Reformation wäre berufener hier auch etwas zu tun. Es gibt ja ein großes Rahmenprogramm, was jetzt schon angedacht ist und wenn wir das als Stadt mit EUR 15.000,-- unterstützen, denke ich, ist das auch zu rechtfertigen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster und letzter Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **7**  
 GRin Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner  
 GRin Helga Feller-Höller  
 GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech  
 GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker  
 GR<sup>in</sup> Rosa Hieß  
 GR Hans Payrleithner  
 GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
 Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**8) Fin-233/14                      Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2014, Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.**

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Danke! In diesem Punkt geht's schon um ein bisschen ein Geld, nämlich um EUR 1.166.920,96. Das ist die Restzahlung für unseren Mitgliedsbeitrag 2014. Der gliedert sich auf in diverse Betriebskostenanteile in der Größenordnung von knapp 2 Millionen und etwas über 1 Million Investitionsnebenkostenanteil. Das alles ist inklusive Mehrwertsteuer und ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2014, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 21. April 2015, wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von € 1.166.920,96 inkl.USt. (€ 1.060.837,24 exkl.USt. ) zugestimmt.

	inkl. 10% Ust	exkl. 10% Ust
<b>Mitgliedsbeitrag 2014</b> (gesamt (Steyr))	<b>3.032.740,96</b>	<b>2.757.037,24</b>
dv. Betriebskostenanteil	1.959.835,57	1.781.668,70
dv. Investitionsnebenkostenanteil	1.072.905,39	975.368,54
dv. Investitionsguthaben	0	0
abzügl. Akontozahlungen für 2014	-1.865.820,00	-1.696.200,00
<b>Restzahlung</b>	<b>1.166.920,96</b>	<b>1.060.837,24</b>

Zu diesem Zweck wird bei der VAS 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von € 943.000,-- (exkl.USt.) freigegeben und für den fehlenden Restbetrag eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von € 117.837,24 (exkl.USt.) bei der VAS 1/851000/754000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Eine – bitte Kurt. Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Sie können sich vielleicht erinnern, dass unsere Bemühungen im Kontrollausschuss, Betriebe die quasi, wo wir hochgradig prozentuell beteiligt sind, auch seitens der Stadt oder seitens des Kontrollausschusses geprüft werden können. Zumal wir hier dort als Stadt Steyr ja keinen Klacks bezahlen, sondern immerhin mehr als die Hälfte der Gesamtgebarung. Ergo dessen haben wir damals – eigentlich schon über Jahre – immer wieder darauf hingewiesen, dass im Stadtstatut das geändert gehört, dass wir Betriebe anschauen dürfen, wo wir ein Gutteil des Geldes, das für die Benutzung des Betriebes oder für den Fortbestand des Betriebes gezahlt wird, dass wir auch schauen, ob die Investitionen – der kaufmännische oder der technische Teil – hier in Ordnung sind. Es gibt ja nächste Woche am Montag einen Kontrollamtsbericht über die Tätigkeiten des Reinhalteverbandes und ich will jetzt dem nicht vorgreifen, ich möchte nur hier wiederum betonen, dass es – nachdem das Statut der Stadt Steyr und auch auf Landesebene – dahingehend geändert worden ist, dass wir sehr wohl das Recht haben hier eine geeignete Kontrolltätigkeit hier an den Tag zu legen, es nicht sein kann, dass es trotzdem noch Abwehrbewegungen gibt innerhalb des Reinhalteverbandes, dass wir das eine oder andere so quasi aus Gottes Gnaden oder auf wessen Gnaden auch immer, tun dürfen oder auch nicht tun dürfen. Ich stelle es jetzt nur in den Raum. Ich glaube, dass es in Zukunft eine Selbstverständlichkeit wird im Sinne der Transparenz, auch dem Bürger und der Bürgerin gegenüber, dass wir das Geld, das wir hier im Gemeinderat für die Bürger und Bürgerinnen verwalten, dass das auch so gehandhabt wird, dass es auch nachvollziehbar ist und dass es nicht so sein kann – speziell dort, wo wir hier Prioritäten setzen und auch Majoritäten setzen – dass es dann heißt „nein, da lassen wir euch nicht hinein schauen, schaut's halt ein Haus weiter, aber nicht bei uns nach“. Also bitte, auf Landesebene und auf Stadtebene haben wir das Statut geändert. Ich bitte, auch bei den Gemeinden im Umland und auch bei den zuständigen Bürgermeistern das mitzuteilen, dass wir das auch dürften. Dankeschön!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Thema? Das ist nicht der Fall. Gunter bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Danke! Nur zur Erklärung für die Gäste. Es ist nicht so, dass der Reinhalteverband auch in der Vergangenheit nicht geprüft worden wäre. Selbstverständlich. Zum Beispiel der Finanzdirektor der Stadt Steyr, Herr Mag. Lemmerer, ist der Rechnungsprüfer. Der zweite Rechnungsprüfer ist der Herr Schachtner von der Bezirkshauptmannschaft. Beide sind ausgewiesene Experten und natürlich auch in der Lage, sämtliche Unterlagen zu prüfen und die wurden ihnen selbstverständlich auch zur Verfügung gestellt. Aber es ist eh vergossene Milch, weil wir haben uns hier in diesem Rahmen im Gemeinderat einstimmig dafür ausgesprochen, dass auch das Kontrollamt es prüft. Selbstverständlich, überhaupt keine Frage. Und das ist auch passiert und mir liegt auch der Prüfbericht vor und sie werden ihn eh präsentieren. Das heißt, hier gibt es keine Beanstandungen, die irgendeine Bedeutung hätten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Somit ... Erledigt?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nur ein kurzes Sätzchen dazu.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Noch einmal?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER (*vom Platz aus ohne Mikrofon*):

Ja. Ich will ja die Kompetenz unseres Finanzchefs überhaupt nicht in Frage stellen. Nur es ist schon ein Unterschied, ob heute einer als Kontrollamtschef oder als Kontrollamt prüft als verlängerter Arm des Gemeinderates oder als Rechnungsprüfer in einem Verband. Da gibt es erhebliche Unterschiede für Insider, das wissen wir alle und dass das nicht das Gleiche ist. Das müssten sie eigentlich wissen als Kaufmann.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Herr Apfelthaler, da muss ich ihnen jetzt ehrlich sagen, ich mute mir zu, zu beurteilen, dass die Expertise von Herrn Mag. Lemmerer als Finanzexperte mit Sicherheit so hoch einzuschätzen ist wie die der Mitarbeiter des Kontrollamtes.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, wir kommen zur Abstimmung. Indem das Kontrollamt ohnehin prüft ist alles im grünen Bereich.

*Unverständliche Zwischenrufe!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte? Wer prüft das Kontrollamt? Was war früher – Henne oder Ei?

*Allgemeines Gelächter und unverständliche Zwischenrufe!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das war das zu einer philosophischen Diskussion. Gut, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand? Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Einstimmig Annahme! Dankeschön! Als nächster Berichtstatter der Herr VbGm. Walter Oppl. Bitteschön!

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 5*

*GR<sup>n</sup> Helga Feller-Höller*

*GR<sup>n</sup> MMag. Michaela Frech*

*GR<sup>n</sup> Rosa Hieß*

*GR Mag. Gerhard Klausberger*

*GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:**

**9) GHJ2-6/13**

**Dritte Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen  
im Zuge der ganztägigen Schulform – VS Tabor.**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Viel Geld für unsere Schulen!

**VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:**

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen! So wie jedes Jahr – der Herr Bürgermeister hat es schon jetzt gesagt – ist in der Mai-Sitzung eine ganze Menge von Anträgen meinerseits als Liegenschaftsreferent auf der Tagesordnung. Alleine von meinen 10 Anträgen handelt es sich bei acht Anträgen um unsere Schulen. Das wir rechtzeitig heute das beschließen können, um über die Sommerferien dann die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Und mein erster Antrag ist die dritte Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform in der VS Tabor in der Höhe von EUR 54.200,--. Die wir zwar jetzt für...mit einer Kreditüberschreitung beschließen müssen, aber aufgrund der Zusage des Landes hier das wieder refundiert bekommen noch im heurigen Jahr. Erfreulich ist eigentlich bei den ganzen Anträgen, dass ziemlich weit über 90 % Steyrer Firmen mit diesen Anträgen, mit diesen Aufträgen betraut werden konnten. Was wiederum auch, denke ich mir, für unsere Wirtschaft ja sehr gut ist. Ich bitte um Zustimmung bzw. Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07.04.2015 wird einer Kreditüberschreitung für die dritte Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform in der Volksschule Tabor, Taschelried 1, im Ausmaß von

€ 54.200,00 inkl. USt. (vierundfünfzigtausendzweihundert)  
bei der VA-Stelle 5/211000/010200  
(Volksschulen Gebäude Maßnahme GTS)

sowie den Auftragvergaben an die

	<b>exkl. USt.</b>	<b>inkl. USt.</b>
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Mobiliar	€ 12.034,54	€ 14.441,45
Fa. Ecker, Steyr – Akustikdecke	€ 8.837,94	€ 10.605,53
- davon Unvorhergesehenes € 265,38 exkl. USt. (€ 318,46 inkl. USt.)		
Fa. Mitterhuemer, Steyr – Elektroinstallation	€ 6.956,35	€ 8.347,62
- davon Unvorhergesehenes € 208,88 exkl. USt. (€ 250,66 inkl. USt.)		
Fa. Schmiderer & Schendl, Mehrnbach – Spiele	€ 3.261,38	€ 3.913,66
Fa. Schoiswohl, Steyr – Mauerwerksdurchbruch	€ 2.438,83	€ 2.926,59
- davon Unvorhergesehenes € 73,23 exkl. USt. (€ 87,88 inkl. USt.)		
Fa. Hametner, Steyr – Bodenlegerarbeiten	€ 2.044,91	€ 2.453,89
- davon Unvorhergesehenes € 61,40 exkl. USt. (€ 73,68 inkl. USt.)		
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 2.036,57	€ 2.443,88
- davon Unvorhergesehenes € 61,15 exkl. USt. (€ 73,38 inkl. USt.)		
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Tische	€ 1.705,93	€ 2.047,11
Fa. Thalia, Steyr – Bücher	€ 1.677,14	€ 2.012,57
Fa. Betzold, Kramsach – Sportgeräte	€ 1.345,33	€ 1.614,40
Fa. Sportbau HL, Gunkskirchen – Sportgeräte	€ 1.216,40	€ 1.459,68
Fa. Plackner, St. Georgen – Spiele	€ 387,50	€ 465,00
Fa. Wehrfritz, Linz – Spiele	€ 350,67	€ 420,80
Fa. Grinninger, Steyr – Türblatt	€ 339,50	€ 407,40
Fa. Taborland, Steyr – Geschirr	€ 303,16	€ 363,79
Fa. Betzold, Kramsach – Spiele	€ 143,00	€ 171,60
Fa. Wehrfritz, Linz – Geschirr	€ 88,33	€ 106,00

zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung erfolgt durch Mehreinnahmen aufgrund der Förderungszusage BGD-360040/53-2015-Sch vom 29.01.2015 des Landes OÖ.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Keine Wortmeldung zu diesem Thema. Es gibt eine Reihe jetzt von diesen Anträgen, aber ich kann das nur unterstreichen, was der VbGm. Oppl gesagt hat. Das ist Konjunkturstützung, die die Stadt machen kann. Aufträge vergeben an die heimische Wirtschaft in den Bereichen. Gerade Schule, da geht's um Maurer, da geht's um Elektriker, da geht's um Malerarbeiten, Tischlerarbeiten. Das einzige was wir in Steyr nicht machen können und was

man an diesen Anträgen sieht oder die Aufträge, die dann vergeben werden, weil ausgeschrieben wird, das sind diese Schulmöbel. Da hat offensichtlich die eine Firma in Scharnstein da ein Monopol drauf. Das ist leider so, aber ansonsten, denke ich, kommt da sehr, sehr viel auch in die heimische und regionale Wirtschaft da. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, somit wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 6*

*GR Thomas Kaliba*

*GR<sup>in</sup> Eva-Maria Leitner*

*Vbgm. Gunter Mayrhofer*

*GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber*

*GR Mag. Erwin Schuster*

*StR<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## **10) GHJ2-15/13      Dritte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS und NMMS Promenade.**

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wie in meinem ersten Antrag ersuche ich um Freigabe von EUR 42.900,-- für die dritte Etappe für die Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper in der neuen Mittelschule Promenade und in der neuen Musikmittelschule Promenade.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07.04.2015 wird den Auftragsvergaben für die dritte von sechs Etappen der Mängelbehebung der Elektroinstallationen sowie die Erneuerung der Beleuchtungskörper der NMS und NMMS Promenade, Promenade 16, an die

	<b>exkl. USt.</b>	<b>inkl. USt.</b>
Fa. Mitterhuemer, Steyr – Elektroinstallationsarbeiten	€ 25.118,17	€ 30.141,80
- davon Unvorhergesehenes € 754,22 exkl. USt. (€ 905,06 inkl. USt.)		
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 10.606,60	€ 12.727,92
- davon Unvorhergesehenes € 318,48 exkl. USt. (€ 382,18 inkl. USt.)		

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 42.900,00 inkl. USt. (zweiundvierzigtausendneunhundert)  
bei der VA-Stelle 5/212000/010000  
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier lasse ich abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **6**  
GR Thomas Kaliba  
GR<sup>n</sup> Eva-Maria Leitner  
Vbgm. Gunter Mayrhofer  
GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber  
GR Mag. Erwin Schuster  
StR<sup>n</sup> Ingrid Weixlberger

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## 11) GHJ2-6/15                    Sanierung des Turnsaales – VS Plenkberg.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ja bei meinem nächsten Antrag geht es um eine größere Summe und zwar für die überaus notwendige Sanierung des Turnsaales in der VS Plenkberg im Gesamtausmaß von EUR 268.700,--. Das ist schon ein Projekt mit dem Sonderprogramm, das wir für die nächsten vier Jahre beschlossen haben und da hat sich dann bei der Ausschreibung heraus gestellt, dass einige Umstände aufgetaucht sind, die wir bei der Kalkulation nicht berücksichtigen konnten und daher ist es erforderlich, dass wir das mit einer Kreditüberschreitung bzw. mit einer Kreditübertragung mitfinanzieren und ich ersuche daher zu beschließen, dass wir EUR 29.800,-- von der Voranschlagsstelle „Volksschulen und Gebäude“ als Kreditüberschreitung übertragen sowie eine Kreditübertragung von EUR 90.500,-- an die Voranschlagsstelle „Neue Mittelschule Gebäude“ übertragen und somit die Mittelfreigabe im Ausmaß von EUR 268.700,-- für die Sanierung des Turnsaales Plenkberg freigeben können.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07.04.2015 wird den Auftragsvergaben für die Sanierung des Turnsaales der Volksschule Plenkberg, Punzerstraße 3, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Schweiger – Sport, Wartberg – Turnsaalsanierung	€ 141.430,86	€ 169.717,03
- davon Unvorhergesehenes € 4.246,75 exkl. USt. (€ 5.096,10 inkl. USt.)		
Fa. Grinninger, Steyr – Akustikdecke	€ 35.273,23	€ 42.327,87
- davon Unvorhergesehenes € 1.059,15 exkl. USt. (€ 1.270,98 inkl. USt.)		
Fa. Klausriegler, Steyr – Erneuerung Heizung	€ 33.722,79	€ 40.467,35
Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroinstallationsarbeiten	€ 8.261,11	€ 9.913,33
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 5.221,16	€ 6.265,39
- davon Unvorhergesehenes € 156,78 exkl. USt. (€ 188,14 inkl. USt.)		

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

einer Kreditüberschreitung von:

€ 29.800,00 inkl. USt. (neunundzwanzigtausendachthundert)  
bei der VA-Stelle 5/211000/010000  
(Volksschulen – Gebäude)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von:

€ 90.500,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/212000/010000  
(Neue Mittelschule – Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/211000/010000  
(Volksschulen – Gebäude)

und um Mittelfreigabe in der Höhe von

€ 268.700,00 inkl. USt. (zweihundertachtundsechzigtausendsiebenhundert)  
bei der VA-Stelle 5/211000/010000  
(Volksschulen – Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 29.800,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja ich denke, das macht Sinn, dass wir dann in der Mitte nur noch 2/3 .... (*unverständlich*) und dieses Projekt in einem durchziehen. Ich möchte nur kurz ein paar Zahlen nennen. Lauter Steyrer Firmen, die da die Aufträge bekommen. Akustikdecke EUR 35.000,--, dann eine Heizung EUR 34.000,--, Elektroinstallation EUR 8.500,--, Malerarbeiten EUR 5.000,--. Also da summiert sich das schön und das ist bei allen diesen Anträgen so. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit wurde der Antrag einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4*

*GR Thomas Kaliba*

*GR<sup>n</sup> Eva-Maria Leitner*

*Vbgm. Gunter Mayrhofer*

*GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## **12) GHJ2-7/15                    Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – VS Wehrgraben.**

**VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:**

Bei meinem nächsten Antrag bezüglich der ersten Etappe der Sanierung der Klassenräume in der VS Wehrgraben, die ja an und für sich auf drei Etappen geplant ist von Gesamtkosten von EUR 80.887,55 ersuche ich um Genehmigung von Freigabe der Mittel ... als Mittelfreigabe von EUR 80.600,--, wobei wir eine Kreditüberschreitung von EUR 14.400,-- dabei mitbeschließen müssen. Aber auch hier denke ich mir, ist es sinnvoll – da geht's in erster Linie um Malerarbeiten, wo Mehrkosten entstanden sind – und das wäre nicht sinnvoll, wenn wir das Aufschieben würden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07.04.2015 wird den Auftragsvergaben für die erste von drei Etappen der Sanierung der Klassenräume der Volksschule Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, an die

	<b>exkl. USt.</b>	<b>inkl. USt.</b>
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 28.476,24	€ 34.171,49
- davon Unvorhergesehenes € 855,06 exkl. USt. (€ 1.026,07 inkl. USt.)		
Fa. Ecker, Steyr – Akustikdecke	€ 23.019,27	€ 27.623,12
- davon Unvorhergesehenes € 691,20 exkl. USt. (€ 829,44 inkl. USt.)		
Fa. FBS, Wolfers – Parkettboden schleifen	€ 4.516,98	€ 5.420,38
- davon Unvorhergesehenes € 135,63 exkl. USt. (€ 162,76 inkl. USt.)		
Fa. Kammerhofer, Steyr – Beleuchtung	€ 3.757,78	€ 4.509,34
Fa. Klausriegler, Steyr – Erneuerung Heizkörper	€ 3.712,63	€ 4.455,16
Kommunalbetriebe Steyr – Möbeltransport	€ 1.872,00	€ 2.246,40
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Korkstecktafeln	€ 897,98	€ 1.077,57
Fa. Hackl, Steyr – Korksteckleisten	€ 461,72	€ 554,06
Fa. Zehethofer, Steyr – Vorhangschienen	€ 441,69	€ 530,03

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

einer Kreditüberschreitung von

€ 14.400,00 inkl. USt. (vierzehntausendvierhundert)  
bei der VA-Stelle 5/211000/010000  
(Volksschulen – Gebäude)

und der Mittelfreigabe von

€ 80.600,00 inkl. USt. (achtzigtausendsechshundert)  
bei der VA-Stelle 5/211000/010000  
(Volksschulen – Gebäude)

zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung in der Höhe von € 14.400,00 hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 14.400,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Hier liegt mir keine Wortmeldung vor, auch keine gegenteilige Auffassung. Keine Stimmenthaltung sehe ich, somit wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2*

*GR Thomas Kaliba*

*GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## 11) GHJ2-13/15 Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS Tabor.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Beim nächsten Antrag ist das erste Etappe Sanierung der Klassenräume NMS Tabor in der Höhe von EUR 37.500,- und ich ersuche um Freigabe dieser Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07.04.2015 wird den Auftragsvergaben für die erste von zwei Etappen der Sanierung der Klassenräume der NMS Tabor, Taschelried 1, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 14.294,33	€ 17.153,19
- davon Unvorhergesehenes € 429,22 exkl. USt. (€ 515,06 inkl. USt.)		
Fa. Hametner, Steyr – Bodenlegerarbeiten	€ 6.522,13	€ 7.826,55
- davon Unvorhergesehenes € 195,84 exkl. USt. (€ 235,01 inkl. USt.)		
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Mehrzweckschränke	€ 5.218,33	€ 6.261,99
Fa. Baumgartner, Linz – Vorhänge	€ 2.910,76	€ 3.492,91
Kommunalbetriebe Steyr – Möbeltransport	€ 1.404,00	€ 1.684,80
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Korkstecktafeln	€ 897,98	€ 1.077,57

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 37.500,00 inkl. USt. (siebenunddreißigtausenfünfhundert)  
bei der VA-Stelle 5/212000/010000  
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als Zusatzinformation – wir haben hier im Gemeinderat beschlossen in den nächsten vier Jahren EUR 4 Millionen in unsere Schulen zu investieren. EUR 2 Millionen ist das normale Budget, aber noch einmal EUR 2 Millionen – also 4 x EUR 500.000,- legen wir dazu um hier echt aufzuholen und vor allem auch im EDV-Bereich schneller auf dem letzten Stand zu kommen. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall, somit wurde auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2*

*GR Thomas Kaliba*

*GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## 14) GHJ2-15/15 Erste Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS und NMMS Promenade.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Der Antrag ist die erste Etappe Sanierung der Klassenräume NMS Promenade und NMMS Promenade in der Höhe von EUR 95.700,-. Hier brauchen wir keine Kreditüberschreitung und ich ersuche um Freigabe dieser Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07.04.2015 wird den Auftragsvergaben für die erste von vier Etappen der Sanierung der Klassenräume der NMS und NMMS Promenade, Promenade 16, an die

	<b>exkl. USt.</b>	<b>inkl. USt.</b>
Fa. Huber, Steyr – Malerarbeiten	€ 50.857,19	€ 61.028,63
- davon Unvorhergesehenes € 1.527,09 exkl. USt. (€ 1.832,51 inkl. USt.)		
Fa. FBS, Wolfers – Parkettboden schleifen	€ 11.107,79	€ 13.329,35
- davon Unvorhergesehenes € 333,53 exkl. USt. (€ 400,24 inkl. USt.)		
Fa. Grinninger, Steyr – Akustikdecke	€ 6.748,92	€ 8.098,70
- davon Unvorhergesehenes € 202,65 exkl. USt. (€ 243,18 inkl. USt.)		
Fa. Klausriegler, Steyr – Erneuerung Heizkörper	€ 6.119,96	€ 7.343,95
Kommunalbetriebe Steyr – Möbeltransport	€ 2.574,00	€ 3.088,80
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Korkstecktafeln	€ 2.052,52	€ 2.463,02
Fa. Hackl, Steyr – Korksteckleisten	€ 252,20	€ 302,64

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 95.700,00 inkl. USt. (fünfundneunzigtausendsiebenhundert)  
bei der VA-Stelle 5/212000/010000  
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 67.800,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Auch hier sehe ich keine Wortmeldung, keine Stimmenthaltung, keine gegenteilige Auffassung. Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Bitte nächster Punkt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## **15) GHJ2-12/12      Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – VS Ennsleite.**

**VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:**

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die vierte Etappe bezüglich der Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper in der VS Ennsleite. Es ist an und für sich die vierte und letzte Etappe, die wir mit Grundsatzbeschluss vom 3. Mai 2012 ja hier im Gemeinderat ja schon beschlossen haben und ich ersuche um Freigabe von insgesamt – Entschuldigung jetzt habe ich ...

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 26.02.2015 wird den Auftragsvergaben für die vierte und letzte Etappe der Mängelbehebung der Elektroinstallationen sowie für die Erneuerung der Beleuchtungskörper der Volksschule Ennsleite, Glöckelstraße 4-6, an die

	<b>exkl. USt.</b>	<b>inkl. USt.</b>
Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroinstallationsarbeiten	€ 23.390,13	€ 28.068,16
- davon Unvorhergesehenes € 702,34 exkl. USt. (€ 842,81 inkl. USt.)		
Fa. Huber, Steyr – Malerausesserungsarbeiten	€ 6.059,18	€ 7.271,02
- davon Unvorhergesehenes € 181,94 exkl. USt. (€ 218,33 inkl. USt.)		

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 35.400,00 inkl. USt. (fünfunddreißigtausendvierhundert)  
bei der VA-Stelle 5/211000/010000  
(Volksschulen – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
35.400,--.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
... EUR 35.400,--.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1*  
*GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**16) GHJ2-14/12            Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen  
sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS Ennsleite.**

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Im nächsten Antrag an und für sich der gleiche Sachverhalt wie bei der VS Ennsleite. Bezüglich der NMS Ennsleite ein Betrag von EUR 26.000,--. Ich ersuche um Freigabe dieser Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 24.02.2015 wird den Auftragsvergaben für die vierte Etappe der Mängelbehebung der Elektroinstallationen sowie für die Erneuerung der Beleuchtungskörper der NMS Ennsleite, Glöckelstraße 4-6, an die

	<b>exkl. USt.</b>	<b>inkl. USt.</b>
Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroinstallationsarbeiten	€ 17.713,52	€ 21.256,22
- davon Unvorhergesehenes € 531,89 exkl. USt. (€ 638,27 inkl. USt.)		
Fa. Huber, Steyr – Malerausesserungsarbeiten	€ 3.917,12	€ 4.700,53
- davon Unvorhergesehenes € 117,62 exkl. USt. (€ 141,14 inkl. USt.)		

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 26.000,00 inkl. USt. (sechszwanzigtausend)  
bei der VA-Stelle 5/212000/010000  
(Neue Mittelschule Gebäude)

zugestimmt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Bitte dein nächster Punkt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**17) GHJ2-31/15      Erforderliche Sanierungsmaßnahmen beim stadt-eigenen Objekt  
„Zwischenbrücken 1“.**

**VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:**

In meinem vorletzten Antrag geht es um die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen beim stadt-eigenen Objekt „Zwischenbrücken“. Wie – ihr kennt alle das Gebäude, wo unser Stadtmarketing untergebracht ist – extrem sanierungsbedürftig. Wir haben seitens der GWG die Kosten, die erforderlichen Kosten dazu erhoben und die belaufen sich in Summe auf EUR 166.000,- exkl. Mehrwertsteuer. Nachdem die GWG ja ... also nachdem das Gebäude in unserem, also im Eigentum der Stadt ist und die GWG das verwaltet, hat die GWG an die Stadt ... ist die GWG an die Stadt heran getreten und hat vorgeschlagen, diese Sanierung aus den Rücklagen der gesamten Hausverwaltung von der GWG, dass es möglich ist, weil da sind wir dementsprechend liquid, zu tätigen und wir brauchen daher unser eigenes Stadtbudget nicht extra belasten. Brauchen aber natürlich die Genehmigung des Gemeinderates,

dass die GWG das so durchführen darf und kann und ich ersuche hier um Genehmigung und Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 29.04.2015 wird aufgrund des mit der GWG der Stadt Steyr GmbH abgeschlossenen Verwaltungsvertrages vom 09.06.1994 idF des 3. Nachtrages vom 13.12.2012 den dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Objekt „Zwischenbrücken 1“ wie folgt die Zustimmung erteilt:

- Die Sanierung des stadt eigenen Objektes „Zwischenbrücken 1“ ist durch die GWG der Stadt Steyr GmbH zur Erhaltung der Bausubstanz entsprechend dem vom Zivilingenieurbüro Fritsch vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen zu beauftragen bzw. durchzuführen.
- Für die substanzerhaltenden Maßnahmen am stadt eigenen Objekt „Zwischenbrücken 1“ ist von der in § 18 Abs. 1 MRG vorgesehenen Erhöhung des Hauptmietzinses Abstand zu nehmen und
- die für die ggst. Sanierungsmaßnahmen erforderlichen Mittel in Höhe von € 166.000,00 exkl. USt. sind aus den Rücklagen der gesamten Hausverwaltungstätigkeit zu bestreiten, die von den Mietern an die GWG der Stadt Steyr GmbH für die verwalteten städtischen Gebäude - entsprechend den im Anhang zum Verwaltungsvertrag vom 13.06.1994 idF des 3. Nachtrages verwalteten stadt eigenen Objekte - monatlich zu entrichten sind.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich glaube, eine sinnvolle und extrem wichtige Sanierung. Das Brückenkopfgebäude sichtbar von allen Seiten, aber – da kann man jetzt auch spekulieren – dass die Setzungen jetzt derart stark sind und immer stärker werden oder im Endeffekt noch schon wieder Beton hinein gespritzt werden muss, kann schon – also es ist nicht sehr unlogisch – dass das daher rührt, weil die Flussgeschwindigkeit, die Fließgeschwindigkeit sich gesteigert hat und das Wasser im Endeffekt fehlt und das ewige trocken und Wasser ... auch das eine Rolle spielt. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch. Ich wollte nur sagen, dass das so ist.

*Unverständliche Zwischenrufe!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Keine Expertise, das wollte ich nur dazu sagen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Jetzt staut es eh wieder zurück Herr Bürgermeister wegen dem Fischaufstieg.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Noch immer? Nein, nein. Jetzt wird es gleich fertig.

*Unverständliche Zwischenrufe!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wie auch immer. Fischaufstieg ist ganz was tolles, finde ich.

*Allgemeines Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, war ein Scherzal, war ein Scherzal! Wer für diesen Antrag ist, das Objekt „Zwischenbrücken“ um diesen Betrag von der GWG sanieren zu lassen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

ZWISCHENRUF VON GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Kraftwerk wäre mir lieber gewesen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, somit wurde der Antrag einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**18) BauGru-66/14      Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 Änderung Nr. 64; Obermair Immobilien GmbH.**

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

In meinem letzten Antrag geht es um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 Änderung Nr. 64 bezüglich der Obermair Immobilien GmbH. Ihr kennt sie alle, das ist die Fläche der ehemaligen ÖBB-Garage, wo Obermair Immobilien ja einen großen Wohnpark plant und bauen wird und da ist noch ein Streifen, der noch als Garten – also als Kleingarten – gewidmet ist. Der wird aber da benötigt und es hat da Verhandlungen gegeben, dass gleichzeitig die Fa. Obermair Immobilien GmbH die Verbauung so tätigt, dass sie, wenn eventuell es einmal so weit sein wird, das auf der gegenüberliegenden Fläche – das ja ebenfalls als Bauland gewidmet wird – dort ebenfalls ein Projekt entsteht, dementsprechend Platz ist hier, die entsprechende Aufschließung für die Zufahrtsstraße. Ich ersuche, diesen Antrag der Flächenwidmungsplanänderung anzunehmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 - Änderung Nr. 64 - Obermair Immobilien GmbH - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. September 2014 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 20. März 2015 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Keine Wortmeldung! Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Bedanke mich für die lange Berichterstattung – du hast sehr viel Geld ausgegeben und jetzt kommt der Dr. Schodermayr.

*Allgemeines Gelächter!*

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Für die heimische Wirtschaft – ist okay so! Dr. Schodermayr ist am Wort. Bitte!

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

**19) Fin-5/15**

**Oö. Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für das Jahr 2015.**

**STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium! Ich bin kürzer. In meinen beiden Anträgen geht es heute um unsere beiden Tageszentren - Hilfswerk auf der Ennsleite, Tageszentrum „Lichtblick“ der Volkshilfe in Münchenholz. Ich denke, ich brauche nicht erklären, dass das zwei segensreiche Einrichtungen für die Stadt Steyr – vor allem für die älteren Bürgerinnen und Bürger – sind, die davon nicht nur selber sehr profitieren, indem sie begleitet, gefördert und unterstützt werden, sondern insbesondere ist es auch eine enorme Entlastung für die Angehörigen. Dies ist umso mehr zu beachten und das wird auch eine Herausforderung für die Zukunft sein, wenn man bedenkt, dass sage und schreibe 80 % der zu Pflegenden zu Hause gepflegt werden und hier von zu über 90 % von Frauen – von den Gattinnen, Töchtern und Enkelinnen – gepflegt werden. Ich denke, wir sollten uns darauf schauen, dass diese Entlastung möglichst groß ist und dieser Anteil an zu Hause Gepflegten sehr hoch bleibt, weil die Alternative wäre ein Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen und selbiger Ausbau – das wissen wir alle – ist so ziemlich die teuerste Variante, die es in der Pflege gibt. Somit zum ersten Antrag. Das Hilfswerk auf der Ennsleite sucht an um eine jährliche Subventionierung von EUR 76.400,-- und ich bitte um Freigabe der selbigen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 17. April 2015 wird dem OÖ Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz für den laufenden Betrieb des Tageszentrums Ennsleite im Jahr 2015 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

**€76.400,--**

(Euro sechssundsiebzigttausendvierhundert)

gewährt. Die Auszahlung soll in zwei Teilbeträgen zu je € 38.200,-- (1. Teilzahlung im Mai 2015, 2. Teilzahlung im November 2015) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/424000/757100 V02/15 freigegeben.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Also, wenn es formal nicht notwendig wäre zwei Beschlüsse zu fassen, würde der gut zusammen passen. Es ist ein Beschluss, weil wir alle überzeugt davon sind, dass beide hervorragende Arbeit leisten im Dienste der älteren Menschen. Also zwei Beschlüsse. Für den Ersten: wer dafür ist, ein Zeichen mit der Hand bitte. Ist wer dagegen? Übt wer Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR Florian Schauer*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**20) Fin-8/15 Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2015.**

**STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

Für das Tageszentrum „Lichtblick“ der Volkshilfe Steyr in Münchenholz darf ich EUR 83.000,-- beantragen. Die Differenz ist – ich sage es eh jedes Jahr dazu – ergibt sich daraus, dass die Volkshilfe einen eigenen Fahrdienst betreibt und dieser zum Teil damit abgegolten wird. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 17. April 2015 wird der Volkshilfe Steyr, Leharstraße 24, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb des Tageszentrums „Lichtblick“ im Jahr 2015 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

**€ 83.000,--**  
(Euro dreiundachtzigtausend)

gewährt. Die Auszahlung soll in zwei Teilbeträgen in Höhe von je € 41.500,-- (1. Teilzahlung im Mai 2015, 2. Teilzahlung im November 2015) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/424000/757100 V01/15 freigegeben.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR Florian Schauer*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Stadtrat Dr. Spöck ersuchen zur Berichterstattung heraus zu kommen. Bitte Markus!

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

#### **21) BauStrP-8/15      Alte Sierninger Straße; Bereich Aichetgasse bis Pfefferlberg; Straßensanierung.**

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Mitglieder des Gemeinderates! Nach diesen riesen Summen bleibt nicht mehr recht viel fürs Bauressort übrig. Ich habe heute zwei Anträge. Beim ersten Antrag geht es über eine Sanierung in der Alten Sierninger Straße. Die Alte Sierninger Straße ist relativ schön einmal schon saniert worden. Es fehlt noch ein Stück und zwar zwischen Aichetgasse und Pfefferlberg. Das soll jetzt Instand gesetzt werden und somit hätten wir die Alte Sierninger Straße durchgehend saniert und wieder für viele Jahre zukunftsfit. Wir würden uns beim Billigstbieter des Asphaltierungsprogrammes anhängen – das ist die ARGE Lang & Menhofer und Held & Francke mit einer Höhe von EUR 53.695,83 und erbitte um Freigabe.

#### Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 11. März 2015 wird für die Sanierung der Alten Sierningerstraße, im Bereich Aichetgasse bis Pfefferlberg, die ARGE Lang & Menhofer BauGmbH & CoKG, Steyr, und Held & Francke BauGmbH, 4407 Steyr, in Höhe von EUR 53.695,83 inkl. USt. (EUR 44.746,53 exkl. USt.) beauftragt.

Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag in Höhe von EUR 304,16 inkl. USt. (EUR 253,47 exkl. USt.) bewilligt.

Zur finanziellen Bedeckung wird der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 52.380,-- inkl. USt. Für den Straßenbau von der VSt. 5/612000/002000 „Gemeindestraßen; Straßenbau“ zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 52.380,-- inkl. USt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein zweiter und letzter Punkt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2*

*GR Florian Schauer*

*GR Rudolf Schröder*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**22) BauStrP-10/15 Fräs- und Asphaltierungsarbeiten im Stadtgebiet; Vergabe und Mittelfreigabe 2015.**

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

... wieder Fräs- und Asphaltierungsarbeiten. Wir wissen, dass nicht nur die Stadt Steyr Baustellen im Stadtgebiet hat, sondern alle Leitungsträger Baustellen haben und wir dabei Beiträge einbehalten für eine nachträgliche Sanierung. Ich ersuche daher auch die Vergabe an die ARGE Lang & Menhofer und Held & Francke in der Höhe von EUR 83.945,06 zu betrauen. Wir haben im Voranschlag diesen Betrag beinhaltet.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 24. März 2015 werden die Fräs- und Asphaltierungsarbeiten im Stadtgebiet zur Aufbringung des Feinbelages an die ARGE Lang & Menhofer und Held & Francke in Höhe von EUR 86.541,30,-- inkl. USt. (EUR 72.117,75 exkl. USt.) vergeben. Als Preisbasis werden die Einheitspreise des Asphaltierungsprogrammes 2015 herangezogen. Die ARGE ging in der Ausschreibung des Asphaltierungsprogrammes 2015 als Billigstbieter hervor.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 83.945,06,-- inkl. USt. (EUR 69.954,22 exkl. USt.) werden bei der VSt. 1/612000/611200 „Gemeindestraßen, Instandhaltung von Straßenbauten (Fräsarbeiten)“ im Voranschlag 2015 freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja auch im Straßenbau werden Arbeitsplätze gestützt durch unsere Aufträge. Das tun wir gerne. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde somit einstimmig angenommen. Bedanke mich und darf die Stadträtin Ingrid Weixlberger um ihren Tagesordnungspunkt ersuchen. Bitte Ingrid!

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1*

*GR Rudolf Schröder*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:**

**23) Fin-113/15 Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für die Schuljahre 2015/2016, 2016/2017, 2017/2018.**

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Ja in meinem Antrag geht's um die Nachmittagsbetreuung in unseren vier Steyrer oder für vier Steyrer Volksschulen – Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink – für die nächsten drei Schuljahre. Es hat eine Preisauskunft gegeben, wir haben alle Organisationen und Vereine angeschrieben, die sich in diesem Aufgabenbereich beschäftigen. Es sind vier Angebote eingegangen und es geht um ein Budget von insgesamt EUR 182.800,-- für das

Budgetjahr 2015, fürs Budgetjahr 2016 EUR 461.300,--, für 2017 EUR 470.100,-- und fürs Budgetjahr 2018 EUR 284.300,--. Das ist bis zum Schulschluss im Schuljahr 2018.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 30. April 2015 wird die Beauftragung des **BFI OÖ** für die Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink für die Schuljahre 2015/2016, 2016/2017 sowie 2017/2018 mit einer **Gesamtsumme von €1.398.462,50** genehmigt.

Budgetjahr 2015: € 182.800,--

Budgetjahr 2016: € 461.300,--

Budgetjahr 2017: € 470.100,--

Budgetjahr 2018: € 284.300,--

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

**€182.800,-- bei der VASSt 1/211000/728200**

für das Rechnungsjahr 2015 freigegeben.

Die weiteren Mittel für die Jahre 2016, 2017 und 2018 sind in den Budgetvoranschlägen vorzusehen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke! Wünscht zu diesem Punkt jemand das Wort? Bitte Michaela. Frau MMag. Frech.

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste! Der Florian Schauer und ich sind ja im Ausschuss „Schule, Sport und Liegenschaften“ und da war das ja auch ein Thema diese Nachmittagsbetreuung und selbstverständlich sprechen wir uns auch als Fraktion für so eine Nachmittagsbetreuung aus. Wir gestehen, uns wäre lieber – das sagen wir auch bei jeder Gelegenheit – wenn es genauere Qualitätskriterien gebe für jene Personen, die die Nachmittagsbetreuung dann durchführen, aber es gibt halt leider keine Vorschriften diesbezüglich, welche Ausbildung jemand hat. Wir waren deshalb sehr froh, dass man unsere Anregung aufgenommen hat, dass zumindest in die Ausschreibung hinein kommt, dass jemand eine gewisse Grundbildung pädagogischer Ausbildung haben muss. Hinein gekommen sind dann 100 Stunden an Ausbildung. Ist für uns nicht wirklich befriedigend, aber es ist besser als nichts. Also wir finden das durchaus für in Ordnung. Wir finden es auch für in Ordnung, dass man über nicht nur ein Jahr ausschreibt, sondern um eine Planungssicherheit für die Einrichtungen zu gewähren, über zwei Jahre – in diesem Fall sind es drei Jahre geworden. Ist für uns auch alles in Ordnung. Das heißt, wir gehen mit dieser Nachmittagsbetreuung komplett konform, mit Ausnahme dessen, dass wir uns mehr an Qualitätssicherung wünschen würden. Aber es ist uns vom Amt auch zugesichert worden, dass man die Qualifikation jener Personen auch tatsächlich überprüft und dass die auch nachweisen müssen – die Einrichtungen – pro Person, die sie hier einsetzen, dass zumindest diese 100 Stunden eingehalten werden im Sinne für die Kinder und Jugendlichen. Nämlich das man die 100 Einheiten hat und auch einen Erste-Hilfe-Kindernotfallkurs etc. Das heißt, da gehen wir zu 100 % konform. Wir fragen auch immer nach. Passt das alles? Ist das ordentlich ausgeschrieben? Weil wir wissen ja inzwischen, das Vergaberecht ist sehr komplex geworden. Das Vergaberecht bringt auch mit sich, dass es mitunter passieren kann – und die Fälle gibt es bereits – dass man Gemeinden klagt, nämlich jene Unternehmer, die nicht zum ... oder Institutionen, die nicht zum Zug gekommen sind, wenn nicht wirklich ordnungsgemäß und dem Gesetz entsprechend ausgeschrieben worden ist. Das heißt, es kann passieren, dass wir hier eine Ausschreibung machen, die nicht rechtskonform ist. Nicht nur

wir das Recht nicht einhalten – was wir nicht sollten, weil wir haben ein Gelöbnis darauf abgelegt, alle als Gemeinderäte – sondern vor allem auch das wir sonst die Situation herbeiführen, dass wir geklagt werden und dann schadenersatzpflichtig sind. Nämlich die Stadt Steyr und das sind dann letztlich auch wieder die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund fragen wir immer sehr gezielt nach, wie es aussieht mit den Ausschreibungen. Uns ist versichert worden, das ist alles so ordnungsgemäß. Es gibt eine Direktvergabe. Ich haben heute noch am Vormittag am späten – oder am frühen Nachmittag gemeinsam mit dem Koll. Schauer den zuständigen Abteilungsleiter gefragt, den Herrn Sommer, ob auch ein Jurist im Rathaus darüber geschaut hätte, weil das ist mir schon klar, dass der Herr Sommer jetzt auch nicht der Vergaberechtsspezialist ist – muss er auch nicht sein – aber wir haben das auch schon oft gefordert als Fraktion, dass man wirklich bei jeder ... vor jeder Ausschreibung seitens der Stadt einfach einen Juristen darüber schauen lässt oder mehrere Juristen, dass da alles – wie gesagt, das Vergaberecht ist sehr komplex und tiefgehend, das weiß man inzwischen. Ja das ist im Haus anscheinend intern passiert – wenn ich mich richtig daran erinnern kann, war es der Mag. Golda, der sich das angesehen hat. Und wir haben dann noch einmal nachgelesen in den einzelnen Bestimmungen und da hätten wir jetzt diese Frage und die bitten wir uns aufzuklären, nämlich: Aufgrund, es steht ja auch im Amtsbericht drinnen, das als Verfahrensweise gem. Bundesvergabegesetz 2006 Direktvergabe gewählt worden ist. Und wenn man sich jetzt diesen Paragraphen 141 Abs. 3 anschaut, dann ist die Vergabe von nicht-prioritären Dienstleistungsaufträgen in einem formfreien Verfahren unmittelbar an einen ausgewählten Unternehmer – sie sehen, das ist schon sehr kompliziert formuliert – (Direktvergabe), also es geht genau um diese Direktvergabe, das ich praktisch nur bestimmte Institutionen anschreibe und dann eben nicht österreichweit/EU-weit ausschreibe, sondern einfach gezielt bestimmte Institutionen und unter denen dann diese Direktvergabe passiert. Und das ist laut diesem Paragraphen nur bis zu einem geschätzten Auftragswert von EUR 100.000,-- zulässig. Wenn man sich den Amtsbericht ansieht, dann kommen wir immer über diese EUR 100.000,-- drüber logischerweise. Nämlich wenn man die Gesamtsumme sich ansieht mit EUR 492.191,-- bei der VS Tabor oder EUR 294.122,-- bei der VS Promenade, bei der VS Gleink bin ich nur ein bisschen drüber mit EUR 102.598,-- - da könnte man noch drüber schauen – und bei der VS Resthof liegen wir auch wieder bei fast EUR 182.000,--. Selbst wenn man, was man hier getan hat, die Schulen einzeln ausschreibt – das ist anscheinend rechtlich auch möglich, das hat man ja getan, weil sonst wäre die Gesamtsumme was die Auftragsvergabe anbelangt und das Ausschreibeverfahren ohnedies anders gewesen – man hat pro Schule ausgeschrieben und man kommt gesagt, pro Schule immer über die EUR 100.000,-- hinaus, wenn man alle drei Jahre in Betracht nimmt. Und es sind auch laut Vergabegesetz alle drei Jahre in Betracht zu ziehen. Es ist nämlich der geschätzte Gesamtwert aller der zum Vorhaben gehörigen Leistungen einschließlich Vertragsverlängerungen etc. zu berücksichtigen. Wir möchten deshalb wissen, woher sich der Magistrat oder warum sich der Magistrat auf die EUR 100.000,-- bezieht – das hat uns auch heute der Koll. Sommer oder der Herr Sommer gesagt – EUR 100.000,-- pro Jahr und dann geht sich das aus. Stimmt auch nicht ganz, weil bei der VS Tabor liegen wir auch pro Jahr bei EUR 143.433,-- und bei den anderen Schulen zumindest drunter. Wir hätten gerne eine Auskunft darüber, wo sie im Gesetz diesen Passus finden. Mir ist klar, dass man das nicht möglicherweise aus dem Ärmel schütteln kann. Man kann das auch über eine Sitzungsunterbrechung abklären, aber so wie das jetzt hier vorliegt, hätten wir da gerne Aufklärung, nämlich wirklich vor dem Hintergrund, dass wir einen Schaden von der Stadt abwenden möchten. Nämlich wenn sich andere Bieter, die nicht zum Zug gekommen sind, die haben die Möglichkeit, wenn das Vergabeverfahren nicht ordnungsgemäß abgewickelt worden ist, können sie ein sogenanntes Rechtsschutzverfahren vor dem Landesverwaltungsgericht durchführen. Das ist aufgrund des Oö. Vergaberechtsschutzes ... rechtsschutzgesetzes möglich. Also wir hätten gerne die Erklärung, wie man auf diese Zusammenzählung kommt, weil im Gesetz findet sich dazu unserer Information nach kein Passus und dann wäre, wenn nicht irgendwo tatsächlich das so steht mit den einzelnen Jahren, dann müssten wir hier und heute diesen Antrag von der Tagesordnung absetzen und könnten das so nicht beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Und warum kommt ihr erst jetzt drauf, frage ich.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Also ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Lieber Kollege Oppl ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Also die Frage ist ... aber ich glaube, dass das ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Lieber Kollege Oppl! Es ist so, dass es ein sehr komplexes Thema ist, mit dem man sich befassen muss und ich gehe an sich schon davon aus, dass ich darauf vertrauen kann als Mandatar, auf Nachfrage und mehrmals Nachfrage, wurde ein Verfahren ordnungsgemäß abgewickelt und man sich dann den Amtsbericht anschaut, dann denkt man ein bisschen nach. Und ich kann dir auch sagen Koll. Oppl was der Auslöser war dieses Misstrauens. Wir haben uns gewundert, dass in diesem Amtsbericht – und das ist dann nur mehr ein Detail – nirgendwo steht, im Gegensatz zu allen anderen Amtsberichten, sind die Beträge exklusive Umsatzsteuer oder sind sie inklusive Umsatzsteuer. Bei jedem Amtsbericht steht inkl. Umsatzsteuer/exkl. Umsatzsteuer.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Okay!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Daraufhin nicht mal zu sehen, ab ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Du hast deine Bedenken geäußert. Ich glaube, das ist ja juristisch sehr, sehr intensiv und hier geprüft worden und nachgefragt worden ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Nein! Ich ... es ist nicht ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Warte, warte! Ich bin ja eh bei dir. Ich bin der Meinung, dass wir das nicht einfach so aus dem Gelenk schütteln kann. Wir werden diesen Tagesordnungspunkt – das wird mein Antrag sein – von der Tagesordnung absetzen. Dann werden wir das rechtlich prüfen und dann werden wir das in der nächsten Gemeinderatssitzung vorschlagen zur Beschlussfassung. Das ist am 9. Juli.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Ja!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Genau.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Ich hätte eben ...um Bevorzugung geht es Gerald. Es geht nicht Herr Bürgermeister. Es geht uns ja nicht darum, hier etwas zu verhindern, sondern es geht uns darum und wir hätten gehofft – deshalb meine – wir hätten ihn sonst abgesetzt, ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Ja, ja.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
... absetzen lassen oder einen Antrag gestellt auf Absetzung von der Tagesordnung. Wir hätten aber gehofft, wenn man über eine Sitzungsunterbrechung das abklären kann und wir abgesichert sind, dann würden wir mitgehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Schauen wir uns das an.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Aber wenn das nicht abgeklärt ist, dann ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Nein, nein. Wir schauen uns das genauer an und wie gesagt, unberechtigt ist ja ... Wir hätten uns das gestern auch schon anschauen können, aber dann hättest du heute deinen Auftritt nicht gehabt. Aber ist ja okay und wenn die Bedenken da sind, werden wir das juristisch prüfen lassen. Wir wollen nämlich auch eine klare Ausschreibung und wollen niemanden bevorzugen und vor allem wollen wir keinen Fehler machen. Danke für den Hinweis. Wer dafür ist, dass wir diesen Tagesordnungspunkt aufgrund der rechtlichen nochmaligen Prüfung absetzen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:  
Stellst du einen Antrag auf Absetzung?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Ja, habe ich zuerst so formuliert.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:  
Dann gibt es eine Wortmeldung von jeder Fraktion.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Okay, na dann. Möchte jemand etwas sagen?

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Ja. Ich habe heute ein bisschen ein Déjà-vu. Wir haben das Ganze voriges Jahr genauso da gehabt. Auch hier wurde mündlich Preisankünfte eingeholt und das bei einer Summe, wie wir es heute da auch da haben. Wo es also wirklich um Geld geht. Und wenn wir dann den Akt angeschaut hat, sind wir drauf gekommen, dass einen regen Mailverkehr gegeben hat zwischen den dann am Schluss Bestbietenden und dem Amt und dass erst nach dem vierten Mail der Preis gepasst hat und dann hat der den Zuschlag bekommen. Und wir haben voriges Jahr schon gesagt, machen wir bitteschön nicht noch einmal den Fehler, sondern machen wir eine Ausschreibung mit einer Anbotseröffnung, damit nichts mehr schiefgehen kann. Und siehe da, auch das ist heuer wieder nicht passiert. Und wenn man sich dann noch vertieft ein bisschen drinnen, dann sieht man, dass wir auch noch damit gegen das Vergaberecht verstößt und so kann es eigentlich nicht sein. Und voriges Jahr haben wir nur deswegen drüber geschaut, weil es geheißen hat, wir sind schon so spät dran. Wenn wir das jetzt nicht beschließen, dann ist die Nachmittagsbetreuung für das kommende Jahr nicht gewährleistet. Heuer hat man genügend Zeit gehabt, dass man sich aber sorgfältig bitteschön auf eine Ausschreibung vorbereitet und wieder ist es nicht passiert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also wir haben das letzte Mal eine Ausschreibung gehabt die gepasst hat und es hätte auch diese Ausschreibung gepasst. Vielleicht wäre sie ja rechtlich angreifbar gewesen, kann schon sein. Wir beschließen es eh nicht. Aber ist ja auch so, man kann immer etwas finden und sagen, wenn wer dann klagen würde, dann wäre das und das. Also kein Schaden entstanden. Möchte noch wer zu dem Thema etwas sagen? Der Wahlkampf beginnt. Ist okay so. Das ist ein Thema – eine Ausschreibung wurde schon wieder – ich weiß nicht - grotten-schlecht vorbereitet oder so. Wie auch immer. Wir werden das rechtlich prüfen lassen. Wir werden ja sehen, ob es wirklich so ist oder nicht. Möchte noch wer dazu sagen? Helmut?

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL (vom Platz aus):

Wir unterstützen den Antrag auf Absetzung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Bei uns beginnt der Wahlkampf erst später.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Jawohl. Okay!

*Allgemeines Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die GRÜNEN hätten auch eine Wortmeldung? Habt ihr etwas vorbereitet? ... (*unverständlich aufgrund lauter Nebengeräusche*). Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Absetzung aus den genannten Gründen dieses Tagesordnungspunktes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde angenommen, somit der Tagesordnungspunkt gestrichen. Wir prüfen das und bringen ihn bei der nächsten Gemeinderatssitzung wieder ein. Nach der Prüfung. Gut.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen und der Tagesordnungspunkt **abgesetzt**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Nächster Punkt – letzter Punkt. Dr. Zöttl. Bitte Helmut!

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:**

**24) Pol-241/2015 Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung über das Verbot des Fütterns von wild lebenden Straßentauben im Stadtgebiet von Steyr.**

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Bei meinem Antrag geht es um eine Problematik, die eigentlich schon so alt ist wie die Stadt selbst – nämlich um die Taubenproblematik. Dieser Antrag hier soll keine Willkür oder ein tierfeindlicher Akt sein von unserer Seite, sondern vielmehr liegt dem zugrunde, dass es viele Beschwerden gegeben hat von Gebäude- und Hausbesitzern, dass die immer mehr zunehmende Population von Tauben die Gebäude – sprich die Dächer und Abwasserrohre – kaputt machen und beschädigt und auch gleich parallel dazu die Vermehrung der Ratten festzustellen ist. Wir haben versucht, verschiedene Maßnahmen zu setzen. In erster Linie war so eine Infokampagne vor einem Jahr schon, die leider nicht, die das Bewusstsein eigentlich dafür hätte schärfen müssen und mit einer Broschüre, die überall aufgelegt ist in jeder Möglichkeit wie Würstelstand und dergleichen. Haben wir überall aufgelegt, hat auch nicht sehr viel genutzt. Im zweiten Schritt haben wir an den strategischen Punkten, wo viel gefüttert wird, Hinweistafeln aufhängen lassen, dass das Tauben füttern zu unterlassen sei. Und jetzt ist der dritte und letzte Schritt, weil es leider nicht anders geht, ist das Fütterungsverbot. Ja und da hoffe ich jetzt auf Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten, FA für Bezirksverwaltungsangelegenheiten, vom 20.05.2015 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend das Verbot des Fütterns von wild lebenden Straßentauben im Stadtgebiet von Steyr genehmigt.

Die Verordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Möchte jemand das Wort ergreifen zu diesem Tagesordnungspunkt? Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung und hoffen alle, dass das zumindest einige Unverbesserliche abschreckt. Einige Kollegen haben heute ein Foto gemacht da vorne bei Zwischenbrücken. Eine Futterspur in einer Länge, die man sich nicht vorstellen kann. Unglaublich, das müssen 10 Säcke gewesen sein. Da geht es eher um schnell. Die dürften Futterlager ja im Endeffekt gebaut haben die Leute.

*Allgemeine Diskussionen untereinander!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir hoffen, dass die Drohung genügt, ansonsten werden wir auch die Unbelehrbaren strafen müssen mit Verwaltungsstrafen bis zu 200,--. Die werden wir nicht gleich verhängen, aber einen Versuch ist es wert. Weil derzeit können wir gar nichts tun, außer an die Vernunft appellieren und manche sind nicht zu überzeugen. Wer für diesen Antrag ist, ein Taubenfütterungsverbot im Stadtgebiet einzuführen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist

jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:  
Darf ich noch ganz kurz ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Bitte!

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:  
Ich bin heute schon gefragt worden, ob man das Alkoholverbot für Tauben in Gültigkeit übergeht.

*Allgemeines Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Wir haben noch eine Gemeinderatssitzung im Juli. Ihr könnt einen Antrag stellen und einen vor der Wahl dann noch – September. Also Möglichkeiten bestehen noch! Wir sind am Ende der Sitzung. Ich bedanke mich! Wir haben Verhandlungsgegenstände von über EUR 3 Millionen in Behandlung gehabt und so beschlossen. Eine schöne Zahl. Ich bedanke mich, schönen Nachmittag!

ENDE DER SITZUNG UM 16:05 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl

Christina Schaumberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR<sup>in</sup> Silvia Thurner

GR Kurt Apfelthaler